



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

590 (29.12.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-195051](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-195051)

# Mannheimer General-Anzeiger

Verlagspreis: In Mannheim: Druckwerk 1.20 für den Rest des Monats. In den übrigen Orten: Druckwerk 1.20 für den Rest des Monats. Einmalige Anzeigen: 1.20 für den Rest des Monats. Einmalige Anzeigen: 1.20 für den Rest des Monats.

## Badische Neuzeit Nachrichten

Verlagspreis: In Mannheim: Druckwerk 1.20 für den Rest des Monats. In den übrigen Orten: Druckwerk 1.20 für den Rest des Monats. Einmalige Anzeigen: 1.20 für den Rest des Monats. Einmalige Anzeigen: 1.20 für den Rest des Monats.

### Note und Gegennote.

□ Berlin, 29. Dezbr. (Von unserm Berliner Büro.) Die neue Entente in Sachen der Sicherheitspolizei veranlaßt einen Teil der Berliner Presse zu aufgeregten Angriffen gegen das Auswärtige Amt, das nicht länger Versteck spielen dürfe und die Eröffnungen des Herrn Rollet sofort der Öffentlichkeit unterbreiten müsse. Wir würden doch zu ein wenig kühleren Betrachtung der Angelegenheit raten. Gewiß, diese neue Note ist höchst unbedeutsam und die Forderungen der Entente wegen der Entfestigung im Osten sind es noch mehr. Das Unbehaglichste ist daran, daß man gar nicht mehr weiß, wo die Entente, die in Brüssel mildere Seiten aufzusuchen schien, denn nun eigentl. hinauswill. Aber wir können nicht finden, daß durch die Veröffentlichung wie irgendwie unserer Sorgen ledig würden. Allmählich wird es doch Zeit, daß wir aus dem Stadium der absoluten Dessenlichkeit herauskommen. Man kann nicht alles auf die Straße werfen, man muß den Staatsmännern Zeit und Möglichkeit gewähren, gewisse Dinge auch ohne die Zeugenschaft der Gasse abzuhandeln. Gerade die vorliegenden Fälle scheinen uns zu solcher in technischem Sinne diplomatischer Behandlung durchaus geeignet. Sobald das Auswärtige Amt die Antwort entworfen haben wird, wird es, wie uns erneut versichert wird, Note und Gegennote bekennt geben. Worum es sich bei diesem neuesten Einwand der Entente handelt, weiß man ohnehin. Eine breite öffentliche Diskussion vor der Ableitung unserer Gegenäußerung würde den Stand der Dinge kaum verbessern.

MTB. München, 29. Dez. (Priv. Tel.) Der neue englische Generalkonsul in München hat die Presse zur Veröffentlichung einer Erklärung ermächtigt, in der er sich zu Gunsten einer Sonderbehandlung Bayerns in der Frage der Einwohnerwehren ausspricht.

### Deutschlands Verwahrung gegen die Entwaffnung der Festungen.

Im gestrigen Abendblatt haben wir bereits den wesentlichen Inhalt der Note wiedergegeben, in der Deutschland Verwahrung einlegt gegen die Entwaffnung der deutschen Festungen. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Die Besatzungskonferenz teilte durch Note vom 17. 11. der deutschen Regierung mit, daß nach ihrer Auffassung die Entscheidung der internationalen militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausstaffierung der deutschen Festungen mit Artillerie dem Ratstab wie dem Geiste der Artikel 167 und 180 des Vertrages von Versailles entspreche, und daß sie diese Entscheidung nur bestätigen könne.

Die deutsche Regierung vermag nicht anzuerkennen, daß diese Entscheidung mit den Bestimmungen des Friedensvertrages im Einklang steht.

Nach dem Vertrag soll Deutschland das System der befestigten Werke an seiner Süd- und Ostgrenze in dem Zustand vom 10. Januar 1920 und mit den Geschützen, die am 10. Januar die Befestigung bildeten, behalten dürfen. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission sollen aber von den 14 Festungen an der Südgrenze und Ostgrenze Deutschlands elf ihrer Geschütze beraubt und damit tatsächlich aus der Reihe der Festungen gestrichen werden. Von den übrigen drei festen Anlagen wird nur die für Schwabenland beantragte Zahl Geschütze zugelassen. Für Pilsen werden statt 75 nur 35 Kanonen bewilligt; Königsberg soll nur etwa 20 schwere Geschütze behalten. Ragnitberg ist die größte und wichtigste von allen Festungen. Es liegt auf der Hand, daß sie mit einer so geringen Geschützausrüstung wehrlos sein würde.

Zu diesem befremdlichen Ergebnis gelang die Kommission auf Grund der Auslegung des Vertrages, die im Widerspruch mit den seit langen Jahren allgemein anerkannten Regeln der Befestigungslehre nur ständige Werke als Teile eines Befestigungssystems gelten läßt und eine Befestigung nur für ständige ausgebaute Geschützstellungen in solchen Werken gestattet. Tatsächlich war man bereits lange vor dem Kriege überall von der Auffassung von Geschützen in ständigen Werken oder im unmittelbaren Anschluß an solche abgesehen und dazu übergegangen, Batterien in vorbereiteter oder befehlsmäßig auszubauenden Stellungen im Gelände aufzustellen. Die Entscheidung verstößt aber auch gegen den Geist des Vertrages, denn von dem Spitzum der Befestigungswerte, das Deutschland doch zu seinem Schutze gegen einen bewaffneten Einfall behalten sollte, bleibt danach an der Südgrenze nichts übrig, an der Ostgrenze nur ein nächst unzureichender Rest.

Trotz eindringlicher Vorstellungen hat sich die Besatzungskonferenz der Entscheidung der Kontrollkommission angeschlossen und die Kommission verleiht die Auslieferung der hiernach für überzähligen Geschütze. Der deutschen Regierung steht kein Weg mehr zu Gebote, ihr Recht zur Geltung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, legt aber gegen die Verletzung des Vertrags nachdrücklich Verwahrung ein.

Seitdem der Beschluß der Besatzungskonferenz gefaßt wurde, hat sich jedoch die Lage an der deutschen Ostgrenze wesentlich verändert. Die immer bedrohlicher lautenden Nachrichten über Stellungen der Sowjetrepublik und die Zusammenziehung russischer Truppen gegenüber der deutschen Ostgrenze zwingen dazu, die Gefahr eines Wiederaufkommens des russisch-polnischen Krieges und einer Bedrohung der deutschen Grenzgebiete nicht außer Acht zu lassen. Wenn in diesem Augenblicke die dort liegenden festen Plätze sämtlich aller Verteidigungsmittel beraubt würden, schände die letzte Möglichkeit, dem eindringenden Gegner Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung blüht daher die alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsberg, Ragnit und die Feste Boyen, die als vorgeschobene Posten dem ersten Ansturm des Gegners standhalten haben würden, sofort entmachtet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Ausschub zu gewähren. In Königsberg handelt es sich im ganzen um 390 Geschütze, darunter 298 schwere, in Ragnit um 168, darunter 100 schwere, in Boyen um etwa 20 Festgeschütze. Ein Vergleich mit ähnlich wichtigen Festungen anderer Länder wird bezeugen, daß diese Befestigung außerordentlich gering ist. Sie stellt das Mindestmaß dessen dar, was erforderlich ist, um an eine Verteidigung überhaupt denken zu können. Es darf darauf hingewiesen werden, daß die deutschen Truppen seinerzeit in Romno 357 Geschütze, in Ber-

schau rund 1100 und in Raubeuge 412 Geschütze voranden. Die Befehle zur Ablieferung und Zerstückung aller übrigen Geschütze, soweit sie von der Kontrollkommission nicht genehmigt sind, ergingen am 15. Dezember und 20. Dezember. Eine Abschrift der Note wird dem Vorsitzenden der internationalen Militärkontrollkommission mitgeteilt.

### Die Brüsseler Konferenz.

Schwindelmeldung des Matin und des Berliner Tageblattes.

□ Berlin, 29. Dezbr. (Von unserm Berliner Büro.) Das Berliner Tageblatt hatte gestern in sensationeller Zuspitzung eine Meldung des Brüsseler Korrespondenten des „Matin“ übernommen, wonach Herr v. Siemens, der ursprünglich als Sachverständiger für die Verhandlungen in Brüssel ausersehen war, unter dem Einfluß von Stinnes später abgelehnt habe, ebenso wie dies mit Herrn Bögl er geschieden sei. Herr Stinnes hätte auf die Art die Konferenz in Brüssel zu sabotieren gewünscht. In hiesigen unterrichteten Kreisen wird dieses Gerücht nicht ernst genommen.

### Oberschlesien.

Beuthen, 28. Dez. (WB.) Die Beamten der preussischen Berginspektion von Bieschowitz haben Einspruch erhoben gegen ein Rundschreiben Korlants an die Beamten der staatlichen Gruben und Hütten, worin er unter Vorpiegelung zweifelhafter Besprechungen versucht, die genannten Beamten in die Arme der Polen hinüberzuziehen. Die Beamten erblickten in diesem Versuch zum Bruch des Treueides eine schwere Beleidigung und erklärten, sich in ihrer treudeutschen Gesinnung nicht durch Versprechungen oder Drohungen einschüchtern zu lassen.

Oppeln, 29. Dez. (WB.) In Bogtdorf wurde gestern auf den Laden eines Kaufmannes ein Bombenattentat verübt. Pflätsch stieg ein schwerer Gegenstand gegen die Türe. Als man diese öffnete, explodierte eine Bombe. Dabei wurden sieben Personen verletzt, von ihnen drei schwer. Die Täter sind unerkannt entkommen.

### Die deutschen Parteien und der polnische Vernichtungskampf gegen die deutsche Presse.

Die Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei, Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten haben in der Preussischen Landesversammlung folgende Große Anfrage eingebracht, in der sie darauf aufmerksam machen: „Durch grundlose und wiederholte Verbote für Monate oder auf unbestimmte Zeit, durch Inhaftnahme und Internierungen der Redakteure und Schriftsteller oder durch Einziehung von Zwangsverwaltungen in die Betriebe werden die Verlagsinhaber so lange bedrückt, bis sie sich zum Verkauf bereit zeigen. („Vote für Pommern“, „Neustadt-Beitrag“, „Thorner Zeitung“, „Gefellige“, Graudenz, „Pöjener Tageblatt“ u. a.). Zurzeit ist das „Pöjener Tageblatt“ für drei Monate verboten, weil es fortgesetzt gegen den Friedensvertrag von Versailles schreibt.“ Die „Ostdeutsche Rundschau“ in Bromberg ist zum wiederholten Male auf einen Monat bis 31. Dezember 1920 verboten. — Die Maßnahmen der polnischen Regierung haben bisher erreicht, daß von mehr als 40 deutschen Zeitungen die beim Uebergang des Gebietes an Polen vorhanden waren, mehr als die Hälfte ihr Erscheinen einstellen oder an die polnischen Banken, die eigens für diesen Zweck Gesellschaften bilden, verkaufen mußten. — Ist die Staatsregierung bereit, dieser Verletzung der Rechte der deutschen Bevölkerung durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten?“

### Fiume.

Berlin, 28. Dez. (WB.) Von italienischer Seite wird uns über die Vorgänge von Fiume eine zusammenhängende Darstellung gegeben, der wir folgendes entnehmen. Sie reicht bis zum 27. Dezember. Das Vorgehen der regulären Truppen läßt sich in zwei Etappen teilen: Befestigung der Blockade und militärischer Vormarsch, welcher im Gange ist. Der Vormarsch konnte nicht mehr länger hinausgeschoben werden, da die Gefahr vorhanden war, daß die Fiumaner Legionäre d'Annunzios jugoslawisches Gebiet betreten könnten. In der Nacht vom 24. Dezember erhielten die regulären Truppen den Befehl, allseitig vorzugehen, während Kriegsschiffe des oberen Adriageschwaders in den Gewässern vor Fiume erschienen, sich jedoch auf Demonstrationen beschränkten. Gegen 5 Uhr nachmittags fanden die regulären Truppen den ersten ernstlichen Widerstand. Nach kurzem Gefecht drangen die regulären Truppen die Eisenbahn entlang bis zu den ersten Häusern von Fiume vor. Eine Abteilung Alpini besetzte den Bahnhof. Die Truppen gaben sich die größte Mühe, sowohl die Häuser wie das Leben der Einwohner von Fiume nach Möglichkeit zu schonen. Während sich die meisten Einwohner angestockt in ihren Häusern eingeschlossen hatten, veranstaltete eine erhebliche Anzahl Fiumaner eine Straßenkundgebung zugunsten der Italiener und gegen das törichte Beginnen d'Annunzios. Sie versuchten den Befehl der Regentenschaft zu erreichen, wurden jedoch von den Legionären zurückgetrieben. Abends um 11.30 Uhr wurde der Vormarsch der Regulären eingestellt. Die regulären Truppen hatten die erhaltenen Befehle unter Wahrung der Disziplin vollendet, obwohl die Legionäre von allen Widerstandsmitteln Gebrauch gemacht hatten. General Cavaglia wollte, daß wenigstens am heiligen Tage selbst kein Blutergießen vor sich gehen möge. Daher stellten die regulären Truppen zunächst alle weiteren Unternehmungen ein. Am 26. Dezember wurden die kriegerischen Operationen wieder ausgenommen. Die regulären Truppen rückten in die Stadt Fiume ein, wo die Legionäre lebhaften Widerstand leisteten.

In Bord des Torpedozerstörers Espero, der sich auf seinen d'Annunzios befindet, brach eine große Feuersbrunst aus. Das Schiff wurde vollständig zerstört.

Der in Rom zusammengetretene Ministerrat beschloß, dem General Cavaglia volle Bewegungsfreiheit zu lassen.

Ueber die innere Lage Fiumes gehen allerlei Gerüchte um. Die man weiß, sind nicht alle Bewohner Fiumes unbedingte Anhänger d'Annunzios. Andererseits ist ein großer

Teil der Fiumaner bereit, sich mit den Legionären aufzuopfern. Bis zur Stunde ist es außerordentlich schwer, die Gerüchte zu kontrollieren. — Die italienische Presse verbirgt den tiefen Eindruck der traurigen Ereignisse nicht, steht jedoch geschlossen hinter der Regierung und dem General Cavaglia.

Rom, 28. Dez. (WB.) Stefani. Alle Gerüchte über nicht ordnungsgemäßes Verhalten der Regierungstruppen vor Fiume entbehren jeder Grundlage, die Truppen machen von der Waffe nur im Fall der äußersten Not Gebrauch. Die Narneszuucht der Regierungstruppen ist ausgezeichnet.

Rom, 28. Dez. (WB.) Stefani. Heute vormittag sind der Leiter der nationalen Verteidigung von Fiume, Venturi und der Bürgermeister von Fiume in Abbazia mit dem General Ferrari zusammengetroffen. Als die beiden Delegierten der Regentenschaft von Fiume die Verhandlungen eröffnen wollten, ohne sich über ihre Stellung zum Vertrage von Rapallo zu erklären, drückte General Ferrari in ungewisser Weise aus, daß die vollständige und rückhaltlose Anerkennung des Vertrages eine unerlässliche Vorbedingung jeglicher Verhandlung sei. Darauf erbaten die beiden Fiumaner Delegierten die Anberaumung einer neuen Zusammenkunft für den Nachmittag.

c. Zürich, 29. Dez. (Pr.-Tel.) Wie der „Anoni“ berichtet, haben die italienischen sozialistischen Parteien in Resolutionen ein militärisches Vorgehen gegen d'Annunzio und sogar eine regelrechte kriegerische Aburteilung d'Annunzios verlangt, der nichts anderes als einen nackten Hochverrat begangen habe.

### Verhängung des Kriegszustandes über Moskau.

c. Basel, 29. Dezbr. (Pr.-Tel.) Daily Mail meldet aus Kessinglor: Ueber das Governement Moskau ist erneut das Kriegsrecht verhängt worden. Es wird behauptet, daß sozialrevolutionäre Elemente einen Putsch gegen die Sowjetregierung in Szene gesetzt haben. In Moskau finden Massenverhaftungen statt.

### Der Terror in Rußland.

Der russische Politiker Martow, der als Gegner des Leninschen Systems auf dem Hallenser Parteitage der USV. hervorgetreten ist, veröffentlicht in der „Freiheit“ über den in Rußland herrschenden Terrorismus eine neue Darstellung. Er geht von einer Verfügung der russischen Regierung aus, wonach diese alle Gruppen als durch kollektive Verantwortlichkeit auf dem Boden des gemeinsamen blutigen Kampfes gegen die Arbeiterreaktion gebunden betrachtet und sie für alle Attentate usw., d. h. sich etwa ereignen könnten, verantwortlich macht. Martow erinnert an die Erfahrungen, die Rußland in dieser Beziehung schon einmal gemacht hat. Martow schreibt dazu folgendes:

Im September 1913 nach der Ermordung des Leiters der Petersburger Polizei, Ulrich, und nach dem Attentat auf Lenin hat die Sowjetregierung sämtliche in den Gefängnissen befindlichen Nationalsozialisten als Geiseln für den Fall weiterer Attentate erklärt; aber zu gleicher Zeit wurden die lokalen Behörden angewiesen, als Antwort auf die bereits erfolgten terroristischen Anschläge in jedem Ort eine Anzahl dieser Gegner niederzuschließen. Was jetzt ist die genaue Zahl der damals ermordeten Männer und Frauen unbekannt. Nach dem die ersten Listen der Hingerichteten veröffentlicht wurden, hat die allgemeine Entrüstung der Bevölkerung die Regierung veranlaßt, die weiteren Massenhaftungen geheim zu halten. Aus den veröffentlichten Listen ist aber zu ersehen, daß in Petersburg 12 Personen erschossen wurden, in Penza 152, in Nischni-Nowgorod 41, in Smolensk 30, in Moskau 29, in Wolhynsk 6, in Worschank 4, in Nischni-Nowgorod 7, in Schenlar 7. Den letzten Nachklang dieser Wahnsinnstunnen bildete die im Februar 1919 erfolgte Erklärung der Außerordentlichen Kommission in Petrograd (Nordrußland), daß sie, um Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts Tod zu rächen, 14 Geiseln aus der Bourgeoisie hingerichtet habe.

Gleich nach den erwähnten Attentaten auf Lenin u. a. hat die Partei der Sozialisten-Revolutionäre offiziell erklärt, daß sie mit ihnen nichts gemein habe. Das verheißt nicht, daß man überall gerade die gefangenen Mitglieder der Partei wie Hunde erschoss. Einmal entseßelt, machte der terroristische Wahnsinn nicht zu große Unterschiede zwischen den einzelnen Kategorien der politischen Gegner: der in Petersburg erschoss man den Metallarbeiter Krawoski, der der russischen Sozialdemokratischen Partei angehörte, in Kordink drei Mitglieder derselben Partei, die Leiter der lokalen Gewerkschaften (Nomin. Sokolow, Lewin), in Nischni-Nowgorod den Sekretär unserer Partei-Komitees, den Genossen Nikif.

Die große Mehrzahl der Hingerichteten bestand jedoch aus Bürgern, und zwar aus solchen, die sich politisch gar nicht betätigten, und die nicht wegen eines bestimmten Verbrechens, sondern bloß als „Verdächtige“ zum Zwecke ihrer Isolierung verhaftet worden waren. Männer und Frauen, Greise und Junglinge, alle mußten umgebracht werden, weil zwei ganz isolierte Sonderlinge aus politischem Fanatismus zwei kommunistische Führer ermorden wollten.

Martow wirft die Frage auf, ob jetzt zum zweitenmal dieses blutige Experiment wiederholt werden soll. Er schließt daran die Hoffnung, daß die Arbeiterchaft aller Länder sich gegen dieses System erklären werde und sagt, nur durch den einmütigen Ausdruck der öffentlichen Meinung über revolutionäre Arbeiterchaft könnten die Männer und Frauen in Rußland gerettet werden, deren Leben durch einen neuen Anfall blutigen Wahnsinns bedroht ist.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die Lenin und Sinowjew in Moskau sich in irgendeiner Weise durch den Protest der revolutionären Arbeiter in ihrer Blutarbeit gegen die eigenen Klassenengenossen werden beeinträchtigen lassen.

### Ein russisches Ultimatum an die Letten.

c. Basel, 29. Dez. (Pr.-Tel.) Die Agentur Havas berichtet, daß Rußland den Letten ein Ultimatum zugestellt hat. Dieses Ultimatum wird als Vorläufer des Wiederbeginns des russisch-lettischen Krieges angesehen.

### Der Sozialistkongress in Tours.

Tours, 28. Dez. (WB.) In der gestrigen Nachmittagsung des sozialistischen Parteitages sprach der Deputierte Blum für die rechtsstehenden Sozialisten. Er erklärte, auch er sei Anhänger der Diktatur des Proletariats. Wenn man die Diktatur einer Partei, einer Klasse annehmen könne, so bedeute das noch lange nicht, daß man die Diktatur einer Gruppe von Individuen er-

haben wollen. Man wolle nur zeitweise eine Diktatur annehmen, damit das Proletariat die Möglichkeit habe, sich zu organisieren. Die Anhänger des Bolschewismus aber seien für ein dauerndes derartiges System, weil sie sich des Terrorismus als ständiges Mittel bedienen wollten. Seine Anhänger seien der Ansicht, daß man alles unterdrücken müsse, was neue Konflikte zu verhängen geeignet sei. Sie seien als Anhänger der nationalen Verteidigung, die durchaus nicht unvereinbar sei mit dem sozialistischen Gewissen. Jetzt handle es sich nicht mehr um die Diktatur. Die Sache wurde angesichts der neuen Lage zu einer Beweissache. Jetzt müsse man frei bekennen, ob man die dritte Internationale annehmen könne oder nicht. Er könne es nicht. Blum verlangt, man solle, bevor man sich trennt, das Wort geben, sich zukünftig nicht wie Feinde zu behandeln, die sich bekämpfen und beschimpfen müßten, sondern als Freunde, die augenblicklich von einander getrennt seien, die aber vielleicht eines Tages wieder ein gemeinsames Heim miteinander gründen könnten. Nach Blum sprach Kappeler für den Anschluß an Moskau.

**Die Unabhängigen und die Ablieferung der Milchtiere.**

Die Abgeordnete Frau Wurm hat als Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Reichstagsitzung vom 14. Dezember es gewagt zu erklären: „Die Ablieferung der Milchtiere lehnen wir nicht ab, denn die hungernden französischen Proletarierkinder stehen uns ebenso nahe wie die unsrigen.“ — Daß Frau Wurm nach ihrer politischen Einstellung so international ist, daß ihr das Elend deutscher Kinder nicht sonderlich nahe geht, ist ja wohl glaublich. Daß aber im Deutschen Reichstag ein derartiges Wort ausgesprochen werden konnte, das bleibt ein unerhörtes Skandal. Jedermann in Deutschland weiß, um was es sich bei der Forderung auf Ablieferung der deutschen Milchtiere handelt. Es ist das ein neuer Schritt, um in Fortsetzung der Hungerblockade das deutsche Volk dauernd wehrlos zu machen, indem man seinen Nachwuchs dem Elend preisgibt. In diesem Zwecke besteht die Essentie auf der unmerklichen Forderung, trotzdem selbst neutrale Verate betonen, daß die Ablieferung der Milchtiere mit dem Worte zahlreicher deutscher Kinder gleichbedeutend sei. Die schon jetzt einschneidende Unterernährung eines großen Teils der deutschen Kinder muß dadurch bis zur Vernichtung dieser unglücklichen Geschöpfe gesteigert werden. In den Ländern der Welt werden hunderttausend Kinder von einer derartigen Not keine Rede. Die Franzosen selbst behaupten gar nicht, daß sie die deutschen Milchtiere so durchaus zur Ernährung ihrer Kinder nötig hätten. Sie pochen lediglich darauf, daß der Versailler Vertrag Deutschland die völlige „Wiederherstellung“ auferlege, und so berechnet und summiert man denn fortgesetzt, welche ungeheuren Forderungen möglichst verderblicher Art man dem deutschen Volke noch aufbürden könne. Es ist den Franzosen dabei ganz gleichgültig, ob sie über die Soldaten von vielen Tausenden deutscher Kinder gehen. Wenn Frau Wurm also von den angeblich hungernden französischen Kindern spricht, hat sie von den tatsächlich verhungerten deutschen Kindern, so ist das eine an Rührung der Tatsachen grenzende Färbung der Sache zugunsten der Franzosen und zum Schaden der deutschen Kinder. Eine deutsche Reichstagsabgeordnete liefert damit den Franzosen für ihr Vorgehen noch die Rechtfertigung. Ebenso ist es selbstverständlich eine Verdrückung der Tatsachen, wenn Frau Wurm von hungernden „Proletarierkindern“ spricht. Es ist längst allseitig festgestellt und allgemein bekannt, daß die Kinder des Mittelstandes ebenso schlimm an Unterernährung leiden wie die Kinder der Arbeiter. Aber selbst diese Anseligkeit, die eine gemeinsame Sache aller Deutschen ohne Unterscheid des Standes und der Partei sein sollte, bemüht die Vorsitzende der Unabhängigen zur Klassenverehrung. Indem sie von hungernden „Proletarierkindern“ spricht, will sie bei ihren Anhängern die Vorstellung erwecken, als seien die Kinder unserer bürgerlichen Schichten von der Not nicht betroffen, woraus dann der zielbewußte Genosse ja seine Folgerungen zu ziehen weiß. Aus alledem spricht die ganze Niedertracht, mit der die Unsradikalen die Vernichtung Deutschlands und des deutschen Volkes betreiben, um aus seinen Trümmern ein von ihnen beherrschtes internationales Proletariat zu schaffen. Und daß es eine Frau ist, die es fertig bekommt, selbst diese Frage, an der Gesundheit und Leben der deutschen Kinder hängt, in diesem Sinne auszubringen, das gewährt uns einen Einblick in den wahnwichtigen Fanatismus dieser Parteien. Jede deutsche Frau und Mutter muß ein Grauen erfassen, wenn sie sich vorstellt, daß solche Elemente Machtfaktoren im heutigen Deutschland sind und daß die obigen, geradezu rühmlichen Worte nicht das richtige Gewerbe einer beliebigen Märrin sind, sondern daß sie von einem Mitgliede des Deutschen Reichstages im Namen einer starken Partei ausgesprochen worden konnten. Das man sich die deutschen Frauen und Mütter jetzt sein lassen. Sie müssen sich klar werden, daß es den Kampf um Leben und Gesundheit ihrer Kinder gilt, wenn sie solchen Parteien und ihrem direkt freieschaffenden Fanatismus Widerstand bis aufs Äußerste leisten. Die Frauen haben es in ihrer Hand, ob die Wurm und Genossen, die so über die deutschen Kinder sprechen, in Deutschland die Oberhand gewinnen sollen. Mögen die deutschen Frauen ihr Stimmrecht benutzen, um zu zeigen, daß sie einen derartigen Internationalismus als Verbrechen am deutschen Volke und seiner Zukunft voll Entrüstung ablehnen.

**Die Beamtenforderungen.**

Die Verhandlungen mit den Eisenbahnern.  
 Berlin, 29. Dezbr. (Von unserm Berliner Büro.) Gestern nachmittag trat im Reichstag der aus Vertretern der Eisenbahnerorganisationen gebildete 18er-Ausschuß zusammen, welcher zu der augenblicklichen Lage und besonders zu dem Streikverbot des Reichsverkehrsministers Stellung nahm. Die Verhandlungen zogen sich bis in den späten Abend hinein. Schließlich einigte man sich dahin, heute morgen die Stellungnahme des Ausschusses zu formulieren und diese Erklärung Minister Ordner zu übermitteln. Inzwischen haben Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Deutschen Beamtenbund stattgefunden. Das Finanzministerium erklärte sich bereit, die Forderungen und Wünsche der Eisenbahner dem Reichsgüterauschuß zu überweisen, in welchem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Beamtenbundes und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sitzen. Der Reichsgüterauschuß wird voraussichtlich am 3. und 4. Januar in Berlin zusammentreten. Durch das Entgegenkommen des Reichsfinanzministers hat die Lage übrigens eine Entspannung erfahren. Die Eisenbahnergewerkschaft nimmt zu dem Streikverbot in dreitägigen Beratungen Stellung, die gestern begonnen haben.

**Die nächste Gehaltszahlung.**

Berlin, 29. Dez. (WB.) Die Reichsfinanzverwaltung hat die Anordnung getroffen, daß die nächste Gehaltszahlung der Beamten nicht erst Anfang Februar, sondern bereits vom 20. Januar ab erfolgt, damit nicht über etwa einen Monat seit der vor Weihnachten erfolgten Zahlung des Januar-

gehalts verstrichen ist. Wegen der von den Organisationen der Reichsbeamten und Reichsarbeiter gestellten neuen Forderungen soll unverzüglich nach Neujahr im Reichsfinanzministerium vor Eintritt in die Verhandlungen eine Aussprache über die Gesamtsituation mit Vertretern der beteiligten Kreise stattfinden. Sonst verbreitete Nachrichten über angebliche Beschlüsse der Reichsministerien entbehren der Begründung.

MTB. München, 29. Dez. (Priv. Tel.) Der bayerische Beamtenbund sagt in seinem Gewerkschaftsorgan, es müsse mit allen Mitteln die Durchsetzung der Wünsche auf Erhöhung der Leistungszulage erreicht werden, ohne daß man aber an den Streit denke. Der bayerische Beamtenbund lehnt daher die Auslösung des Streiks ab.

**Handelstammern gegen die Sozialisierung.**

Fast alle deutschen Handelstammern haben sich in eingehenden Gutachten gegen die Sozialisierung des Kohlenbergbaues ausgesprochen. Neuerdings liegen uns derartige Äußerungen vom Bayerischen Handelstammertag, von der Handelskammer Krefeld und von der Handelskammer zu Leipzig vor. Die Leipziger Handelskammer behandelt das Problem durchaus von ihrem tatsächlichen Standpunkt aus, indem sie ausführt: Es erscheinen die gemeinwirtschaftlichen Zusammenfassungen der Zwischen- und Endindustrien mit dem Kohlenbergbau in Zwangsgebilden fogen. Wirtschaftsprovinzen, soweit man sich bis jetzt ein Bild davon machen kann, als eine ungelungene oder in ihrer Durchführung und Auswirkung zum mindesten zweifelhafte Maßnahme. Die Verhältnisse im Abbau der Kohle und in der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft sind auch für größere Bezirke nicht so gleichmäßig gelagert, daß für alle diese Wirtschaftsgebiete eine Zusammenfassung und Verwaltung in gleichen geschlossenen Wirtschaftsprovinzen durchweg über das ganze Reich möglich ist.

Nach dieser werden diese Bedenken, wenn man die zahlreichen übrigen Wirtschaftszweige in Betracht zieht und auch noch das Siedlungsweien, die Verkehrswirtschaft und ähnliche Arbeitsgebiete in diese Wirtschaftsorgane hineinnehmen will. Richtiger als die Zwanagsbildung solcher Wirtschaftsprovinzen ist der mit der natürlichen Weiterentwicklung der Verhältnisse von selbst eintretende freiwillige wirtschaftliche Zusammenfluß großer Unternehmungen und Unternehmungsgruppen mehrerer aufeinanderfolgender Produktionsstufen zu Interessengemeinschaften, wie sie längst zwischen der Rhein-Elbe-Inton G. m. b. H. und dem Siemens-Schuckert-Konzern gebildet worden ist. Die Gewähr, daß solche wirtschaftliche Zusammenfassungen nur da eintreten, wo es zur Verbesserung und gleichzeitigen Verbilligung der Erzeugung notwendig und zweckmäßig ist, ist auf diese Weise am besten gesichert.

Sollte trotzdem mit der Bildung geschlossener Wirtschaftsprovinzen, der Einteilung Deutschlands in Wirtschaftsbezirke und ähnlichen Maßnahmen vorgegangen werden, so dürfen diese nur nach genauer Unterlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse und ihrer inneren Zusammenhänge durch Wissenschaft und Praxis erfolgen; insbesondere sind dabei auch die Handelstammern als die regionalen Vertretungskörper der wirtschaftlichen Interessen zu hören. Schon heute macht die Handelskammer Leipzig auf die engen wirtschaftlichen Zusammenhänge aufmerksam, die zwischen Westfalen und namentlich dem nordwestlichen Teile des Staates Sachsen einerseits und Thüringen, dem südlichen Teile der Provinz Sachsen und Anhalt anderseits bestehen. Sie dürfen keinesfalls zerissen oder zugunsten künstlicher Bildung eines geschlossenen Wirtschaftsgebietes des Freistaats Sachsen auch nur beeinträchtigt oder gefährdet werden.

**Das Verfahren gegen Erzberger.**

Berlin, 29. Dez. (Von unserm Berliner Büro.) Zu dem Verfahren gegen Erzberger wegen der Steuerhinterziehungen machte die „Nationale Korrespondenz“, anscheinend aufgrund der Äußerungen, neue Angaben. Danach lag die Bearbeitung der Angelegenheit zunächst in den Händen eines Beamten, der die Untersuchung sehr scharf und durchgreifend führte. Der Bericht an den Finanzminister jedoch wurde von einem anderen Beamten bearbeitet, welcher die Vorarbeiten seines Vorgängers nicht benutzte, sondern angeblich seinen Bericht zugunsten Erzbergers absahnte. In dem Bericht wird Erzberger die Unkenntnis der Gesetze zugutegehalten. Der Berichterstatter kommt zu dem Schluß, die Angelegenheit sei nicht so bedeutend, daß sie vor einem öffentlichen Gericht verhandelt werden müßte. Als der erste Bearbeiter unter der Hand erfuhr, daß sein Bericht nicht verwertet worden sei, machte er einen Nachtragsbericht, in welchem er mit großer Schärfe eine gerichtliche Untersuchung forderte, damit die Quertreiberereien und Beeinflussungen von interessierter Seite ausgeschlossen würden. Dieser Nachtragsbericht ist schließlich an das Reichsfinanzministerium weiter geleitet worden und von diesem an den zweiten Berichterstatter abgegeben worden, welcher aber an seiner für Erzberger günstigen Stellungnahme festhielt. Wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird, steht noch dahin. Für die Behandlung der Erzbergerischen Steuerangelegenheit kommen nämlich die Bestimmungen des preussischen Einkommensteuergesetzes in Frage und nach ihnen wäre die Staatsanwaltschaft für die Untersuchung zuständig. Der Staatsanwaltschaft liegt neuerdings eine solche, in dem Ersuchen an den Reichstag noch nicht erwähnte Strafanzeige gegen Erzberger vor, welche die gleichen Vorgänge zum Gegenstand hat und sich ihrem Wesen nach an die Fälle Lhyßen, Berger-Tiefbau anschließt.

**Deutsches Reich.**

**Schäfers Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt.**

Berlin, 29. Dezember. (Von unserm Berliner Büro.) Die Beurlaubung des Ministerialdirektors Schäfer, des zeitweiligen allmächtigen Personalchefs, ist, wie wir erfahren, der Vorläufer seines Ausscheidens aus dem Auswärtigen Amt. Den Eingeweihten freilich war es längst kein Geheimnis, daß Herr Schäfer längst nicht mehr so ungenutzt schalten konnte, wie in den Zeiten des Herrn Herrn Müller, seines nominellen Vorgängers. Der hatte ihn gewähren lassen. Nun war ein Minister ins Amt gekommen, der selber über Sachkenntnisse und über eigene Ideen verfügte und da sind die Reibungen dann auch nicht ausgeblieben. Die Beurlaubung ist schließlich aus einem unbedeutlichen Anlaß erfolgt. Die sogenannte Reorganisations des Auswärtigen Amtes hat daran keinen Anteil, obwohl sie heute schon als überakt gelte darf. Herr Schäfer hatte mit ihr noch während des Krieges begonnen, zu einer Zeit, als man noch an den Sieg glaubte und alles auf ihn einstellte. Auch nach der Richtung wird man wohl heute anderer Ideen, man wird auch anderer Hände bedürfen.

**Hg. v. Graefe-Goldeber.**

Die „Mittelschmerz Nachrichten“ veröffentlichen eine Mitteilung des Bundesverbandes Mecklenburg-Schwern der Deutschen nationalen Volkspartei, in der es heißt, daß Hg. v. Graefe nicht

darin denkt, sein Mandat niederzulegen oder aus der Partei auszuschelden. Er werde nach wie vor in Treue zur Deutschen nationalen Volkspartei halten.

**Verfassungsverbot.**

München, 29. Dez. (Priv. Tel.) Der Staatskommissar von München hat die nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung von Versammlungen der kommunistischen Jugend, ähnlich wie die der freien sozialistischen Jugend, verboten, da die Versammlungen zu politischen Aufreizungen führen und für Jugendliche unter 17 Jahren nach den Bestimmungen über den Jugendschutz ein Verbot besteht.

München, 29. Dez. (WB.) Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht eine Verfügung des Staatskommissars für den Regierungsbezirk Mittel, wonach sämtliche bayerischen Staatskommissare übereingekommen sind, das Versammlungsrecht noch weiter einzuschränken, als es bisher durch die ausnahmerechtliche Regelung der bayerischen vereinsrechtlichen Verhältnisse geschehen ist.

**Aus dem Parteileben.**

München, 29. Dez. (Priv. Tel.) Die Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei, Ortsgruppe München) entfaltet in letzter Zeit eine rege Tätigkeit, um sich weiter auszubreiten und neue Mitglieder zu sammeln. In dieser Arbeit hat die Partei einen hervorragenden Organisator in dem neuen Generalsekretär Major Wäninger gefunden. Erst kürzlich wurden in München neue Bezirksgruppen mit großem Erfolg gegründet und nun sollen in der Umgebung von München, in Starnberg und Gröbenz durch den Generalsekretär neue Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei ins Leben gerufen werden.

**Graf Witte's Erinnerungen.**

Berlin, 29. Dezbr. (Von unserm Berliner Büro.) Die „Rössische Zeitung“ beginnt heute mit der Veröffentlichung von Auszügen aus den Memoiren des Grafen Witte, die demnächst in deutscher Sprache im Ullsteinverlag und gleichzeitig im russischen Originaltext bei einer Danziger Verlagsgesellschaft erscheinen sollen. Graf Witte hat seine Erinnerungen von 1907—1913 in 17 Hefen diktiert. Aus den Jahren nach Witte's Sturz folgen noch 8 Hefte, die er fern von Russland lebte, in Biarritz, Frankfurt a. M. und Wien. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der deutsch-russischen Beziehungen in den Memoiren ein. Eingehend berichtet Witte über seine Zusammenkünfte mit Kaiser Wilhelm und seinen Versuch, in Berlin eine Anleihe aufzunehmen, die Russland reifen könnte. Für die Geschichte der Weltkriege, die dem Weltkrieg vorangingen, darf man von den Witi'schen Memoiren wertvolles Material erwarten. Ins Schwärze zu treten scheint uns die Charakteristik, welche Witte von Nikolaus II. entwirft. Von ihm heißt es: „Der Charakter Nikolaus' kann als im Grunde feminin gelten. Ein Beamter, mit dem er zu tun hatte, stand in der ersten Zeit sehr bei ihm in Achtung. Er überhäufte seine Diener mit Gnadenbeweisen, namentlich wenn diese Beamten nicht von seinem Vater, sondern von ihm ernannt worden waren. Nach einiger Zeit wurde er gegenüber den Anhängern ganz indifferent. Schließlich begann in ihm eine feindselige Stimmung gegen die Beamten zu reifen. Ich bemerkte hierbei, daß Nikolaus neben sich niemand duldete, welchen er für intelligenter als sich hielt, oder einen, dessen Meinungen nicht mit denjenigen der Hofdamen übereinstimmten. Er ist an einer merkwürdigen Kuriosität, ermannt durch nur dann, wenn der Sturm gerade tobt, sobald aber die unmittelbare Gefahr vorüber war, schwand seine Furcht. So betrachtete sich Nikolaus als den Selbstherrscher, auch noch, als die Befehlsmacht gewahrt worden war. Er war zu einem fair play unfähig und suchte immer Schleichwege.“

**Letzte Meldungen.**

Die Notlage der österreichischen Staatsangestellten.  
 Wien, 28. Dez. (WB.) Wie die Korrespondenz Herzog meldet, beschloß der Zentralverband der österreichischen Staatsangestelltenvereinigungen in einer Sitzung am 17. Dezember d. J. einstimmig mit Rücksicht auf die bis auf das äußerste gestiegene Notlage der Staatsangestellten an die österreichische Sektion der Reparationskommission mit der dringenden Forderung heranzutreten, hier rasch und helfend einzugreifen. In der Begründung wird u. a. gesagt, daß die Gefahr bestehe, daß die Verwaltung des Staates ohne Verstand der Angestellten demnächst zusammenbrechen werde, was gleichbedeutend mit dem Ende des Staates selbst sein müßte. Die Staatsangestellten machen bei diesem Schritt die allierten Mächte darauf aufmerksam, daß die Gefahr des Zusammenbruches nicht nur Österreich, sondern, falls dieser eintritt, auch die übrigen Staaten bedroht.

**Verurteilte Kommunisten.**

MTB. Budapest, 28. Dez. (Priv. Tel.) Der Budapest'sche Strafgerichtshof hat heute vormittag das Urteil im Prozeß gegen die kommunistischen Volkskommissare verkündet. Josef Joubert, Peter Augustin, Peter Fejler, Botany und Karl Bantoni wurden zum Tode durch den Strang und die übrigen 6 Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Kaisersheim, 28. Dez. (Priv. Tel.) In der Angelegenheit des Streiks der Doppelwerke hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedspruch gefällt, der folgende bemerkenswerte Einzelheiten enthält: Danach haben die Arbeitnehmer die Forderung nach einer Wirtschaftsbeteiligung nicht erreicht. Ein Anspruch auf Vergütung der ausgefallenen Löhne wird nicht anerkannt. Die Arbeit soll im ganzen Umfang am 30. Dezember wieder aufgenommen werden. Die Ursache des Streiks wird darin gesehen, daß unzuverlässige Vertretungen der Arbeiter nichtberechtigte Forderungen gestellt haben.

Berlin, 28. Dez. (W. B.) Von der Gesamtschaft der Georgischen Republik ist uns mitgeteilt worden, daß die Krisengerichte über die georgische Regierung jeder Grundlage entbehren. Lediglich nur der Minister für Landwirtschaft, Chemerkil, hat aus persönlichen Gründen sein Amt niedergelegt und ist durch den Vorsitzenden der Landwirtschaftskommission der Nationalversammlung, Injischowiki, ersetzt worden. Die übrigen Mitglieder sind alle auf ihren Posten verblieben.

Stockholm, 28. Dez. (W. B.) Die schwedische Regierung hat von dem Generalsekretariat des Völkerbundes die Mitteilung erhalten, daß die schwedischen Bewachungstruppen für Wina nicht vor Neujahr abzureisen brauchen. Der Ausschub könne wahrscheinlich ziemlich lange dauern.

MTB. Newyork, 28. Dez. (Priv. Tel.) Der „Newyork Herald“ erklärt bestimmt, daß Harding sich mit seinem Amtsantritt am 4. März durch eine Erklärung des Kongresses den Friedenszustand mit Deutschland in aller Form herstellen werde. Dies soll die allererste Tat der neuen Regierung sein.

# Sitzung des Bürgerausschusses

am Dienstag den 28. Dezember 1920.

Oberbürgermeister Dr. Kucher eröffnet die Sitzung um 3.30 Uhr in Anwesenheit von 87 Mitgliedern. Der erste Punkt der Tagesordnung ist:

## Das Amt des Gemeindevorstehers und Schiedsmannes.

Stadtratsbeschluss: 1. Aufgrund des Statuts, betreffend die Stellvertretung des Gemeindevorstehers, vom 15. Dezember 1908 werden Stadtratsrat Dr. Spiegel zum Gemeindevorsteher und Oberverwaltungsrat Brehm und Stadtratsrat Niedersee zu Stellvertretern des Gemeindevorstehers auf die Dauer von 3 Jahren, vorbehaltlich ihres früheren Ausscheidens aus dem Gemeinbedienst ernannt. 2. Aufgrund des § 1 des Gesetzes vom 16. April 1886, die Bestellung von Vergleichsbehörden in streitigen Rechtsangelegenheiten betr., in der Fassung des Art. II des Gesetzes vom 21. Juli 1908, wird auf Antrag des Oberbürgermeisters das Amt des Schiedsmannes in streitigen Rechtsangelegenheiten dem Stadtratsrat Dr. Spiegel und das Amt des Stellvertreters des Schiedsmannes dem Oberverwaltungsrat Brehm und dem Stadtratsrat Niedersee auf die Dauer von 3 Jahren, vorbehaltlich ihres früheren Ausscheidens aus dem Gemeinbedienst, übertragen.

Die Vorlage wird nach kurzer Begründung durch Stv. R. Jhrig (Dem.) einstimmig angenommen.

Es folgen die Vorlagen 2 bis 7:

## Umlagerung von Liegenschafts- und Betriebsvermögen im Steuerjahr 1920/21.

Stadtratsbeschluss: Zu der mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 7. September 1920 beschlossenen Umlagerung von 1,08 M auf 100 M Steuerwert des Liegenschafts- und Betriebsvermögens für das Rechnungsjahr 1920/21 wird für die gleiche Zeit eine weitere Umlagerung von 54 Pfg. auf 100 M des Liegenschafts- und Betriebsvermögens, je zur Hälfte auf 15. Februar und 15. März 1921 erhoben.

## Gemeindeeinkommensteuer gemäß § 30 des Landessteuergesetzes.

Stadtratsbeschluss: Für das Steuerjahr 1920/21 sind die von der Reichseinkommensteuer nicht erfassten Einkommensteuern in Mannheim wohnender Personen mit folgenden Einschränkungen gemeindeeinkommensteuerpflichtig:

- a. Der Beitrag derjenigen Personen, bei deren Veranlagung zur Reichsteuer ein steuerfreier Anteil von nicht mehr als 1500 M berücksichtigt wird (Mehrentende) beginnt mit einem steuerbaren Einkommen von 8000 M.
- b. 1) Der Beitrag derjenigen Personen, bei deren Veranlagung zur Reichsteuer ein höherer Betrag als 1500 M steuerfrei bleibt, beginnt mit einem steuerbaren Einkommen von mehr als 17000 M. Der Beitrag erstreckt sich nur auf die Hälfte des steuerbaren Einkommens. 2) Beträgt das steuerbare Einkommen solcher Personen nicht mehr als 25000 M, die Höhe des steuerbaren Einkommens teiles aber mehr als 2000 M, so tritt ein Beitrag nicht ein.
- c. Wird die Reichseinkommensteuer gemäß § 28 des Reichseinkommensteuergesetzes dergestalt ermäßigt, daß die Steuer einem verminderten Einkommen entspricht, so wird der steuerfreie Einkommensteil nur innerhalb der Grenzen herangezogen, die für dieses verminderte Einkommen nach lit. a und b angedeutet sind.
- d. Die Gemeindeeinkommensteuer wird mit dem höchsten Hundertsatz, mit dem der einzelne Steuerpflichtige zur Reichseinkommensteuer herangezogen ist, erhoben.

## Kanalgebührenordnung.

Beschluss des Stadtrats: In § 1 der Kanalgebührenordnung wird die dort bezeichnete Größe von 1 1/2 % des Mietwertes auf 3 %, in § 4 wird die dort bezeichnete Gebühr von 2 % des Mietwertes auf 6 % mit Wirkung vom 1. Januar 1921 erhöht.

## Müllabfuhrgebühren.

Beschluss des Stadtrats: Die in § 2 der Müllabfuhrgebührenordnung vom 20. März 1916 festgesetzte Gebühr wird vom 1. Januar 1921 ab auf 6 % des Nutzungswertes und auf 8 M (für Wohnungen mit einem Nutzungswert von nicht mehr als 300 M) erhöht.

## Strompreis.

Stadtratsbeschluss: Mit Wirkung vom 1. Januar 1921 wird der Strompreis wie folgt erhöht: 1. Lichtstrom um 20 Pfg. für die kWh, 2. Kraftstrom um 20 Pfg. für die kWh (Mindestpreis 1,73 M für die kWh), 3. C-Tarif um 20 Pfg. für die kWh (Mindestpreis 1,40 M für die kWh), 4. Reservestrom um 20 Pfg. für die kWh. Die Preise gelten aufgrund eines Kohlenpreises von 333,80 M für die Tonne errechnet.

Oberbürgermeister Dr. Kucher macht den Vorschlag, die Vorlagen 2-7, die in innerem Zusammenhang zu einander stehen, zu vereinfachen und gemeinsam zu behandeln. Im Anschluß an diesen Vorschlag verliest der Oberbürgermeister die zu den verschiedenen Punkten eingereichten Anträge der Fraktionen. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen kam der Oberbürgermeister auf die finanzielle Lage der Stadt zu sprechen. Er verwies insbesondere auf die Schwierigkeit, den Haushaltsplan auszugleichen. Wird dieser nicht ausgeglichen, so hat die Stadt keinen Kredit mehr. Es ist auch gelungen, den Etat auszugleichen. Man möchte aus der Tat eine Lüge machen. Es ist dies zwar ein „ganz schneidiges Verfahren“, aber es mußte angewandt werden. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Zurückweisung der Vorlage 6 (Straßenreinigungskosten) an eine Kommission könnte zunächst erledigt werden.

Stv. Ludw. Haas (Deutschlib.) beantragt getrennte Behandlung sämtlicher Vorlagen.

Oberbürgermeister Dr. Kucher: Es ist dies Sache meines Ermessens.

Stv. Dr. Moedel (Str.) und Stv. Dr. Wolfhard beantragen ebenfalls Überweisung an eine Kommission.

Stv. Dregfus (Soj.) spricht für den sozialdemokratischen Antrag.

In der hierauf vorgenommenen Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Zurückweisung der Vorlage 6 an eine Kommission von 15 Mitgliedern, worunter 12 Stadtratsmitglieder und 3 Stadträte, einstimmig angenommen.

Der Antrag des Str. Kühlen (Komm.) auf Verweisung der Vorlagen 2-7 an eine Kommission, wird mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es wird darauf in die Generaldebatte

der Vorlagen 2-7 eingetreten.

Stv. Jhrig (Dem.) verbreitete sich über die Vorlagen 2 und 3. Er findet es zwar schwer, die Vorlagen zusammen zu besprechen (Zuruf des Stv. Ludw. Haas: Sehr richtig!), empfiehlt jedoch die Annahme der Vorlagen.

Stv. Dregfus (Soj.) spricht zu Vorlage 3 „Gemeindeeinkommensteuer“ und im Zusammenhang damit über das Finanzleben der Kommunen. Nur die Zwangslage der Stadt halte die Fraktion von der glatten Ablehnung der Vorlage ab. Das Reich nützt die Not der Gemeinden aus. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß die Landwirte nicht unter diese Besteuerung fallen. Statt der städtischen Vorlage über den Beitrag zu der Steuer von M. 8000 an beantragt die sozialdemokratische Fraktion erst den Beitrag von M. 12000 steuerbarem Einkommen. Man habe keine Veranlassung, die höheren Einkommen zu schonen. In Karlsruhe wurde derselbe Antrag eingereicht, der von den Gewerkschaften gutgeheißen wurde. Der Redner verbreitete sich sodann in längeren Ausführungen über den sozialdemokratischen sowie die übrigen Anträge zu Vorlage 3.

Stv. Dr. Moedel (Str.) erhebt das Kollegium, bezüglich der Vorlage 3 heute zu einem ganz bestimmten Beschluß zu kommen. Wird der städtische Antrag abgelehnt, so sieht man vor einem katastrophalen Ereignis. Heute muß die Einnahmequelle erschlossen werden, sonst verlegt sie gänzlich. Bezüglich der Organisations-

ja noch so manches zu sagen. Redner macht den Vorschlag, die Generaldebatte zu schließen, da sie keinen praktischen Wert hat.

Stv. Trumppeller (Soj.) verlangt bei der Vorlage über die Kanalgebühren, daß die Gebühren nach sozialem Gesichtspunkte festgelegt werden.

Es beginnt, da die Vertreter der anderen Fraktionen auf das Wort verzichteten, die

## Spezialdebatte

über die Vorlagen 2-7. Zunächst wird Vorlage 2, „Umlagerung“ behandelt.

Stv. Ludw. Haas (Deutschlib.) bemerkt, daß die städtische Vorlage eine unerträgliche Belastung für Industrie, Handel und Gewerbe darstellt. Daher ist die Vorlage für seine Fraktion unannehmbar. Redner befürwortet stattdessen in längeren Ausführungen den Antrag seiner Fraktion, der eine Mäßigung der Ausgaben in der Form bringt, wie sie einer gerechten Behandlung entspricht.

Oberbürgermeister Dr. Kucher entgegnet dem Redner, daß die Aufnahme einer Defizitanleihe das Allerschlimmste wäre, was man tun könnte. Die Stadt muß das Weid hernehmen, wo sie noch eines bekommt. Diese Quelle wird durch das Bundessteuergesetz geradezu abgeschnitten. Der Oberbürgermeister verweist darauf, daß ein Vergleich mit dem Karlsruher Etat nicht ohne weiteres möglich ist. Auch die Handelskammer hat geglaubt, was in Karlsruhe möglich sei, auch in Mannheim gehen muß. Für die Zukunft wäre eine bessere steuerliche Gestaltung sehr erwünscht, deshalb erhalte er um Annahme des städtischen und Ablehnung des deutschliberalen Antrages.

Stv. Dr. Kerlinger (Deutschlib.) beleuchtet die prekäre Lage des Hausbesitzes, der soviel wie entrechtet sei. Sehr viele Hausbesitzer, insbesondere in der Neckarstadt, gehören dem Kleinhandwerker- und Arbeiterstand an, die heute schon aus ihrem Erwerb auf die Kosten des Hausbesitzes bezahlen müssen, obwohl sie nicht das Existenzminimum haben. Für diese Leute ist diese Erhöhung unerträglich. In Berlin beziehen 300 Hausbesitzer Armenunterstützung. Es wäre interessant, zu erfahren, wie viele Hausbesitzer in Mannheim mit ihrer Steuer im Rückstand sind. Redner macht den Vorschlag, für diejenigen Hausbesitzer, die nicht mehr in der Lage sind, die Erhöhungen auf die Mieter abzumägen, nach Möglichkeit entgegenzukommen und diese Leute zu schonen.

Stv. Dr. Wolfhard (Dem.) verweist gleichfalls auf die hohe Belastung des Hausbesitzes. Er warnt davor, bis zur äußersten Grenze zu gehen und empfiehlt, das Karlsruher Beispiel nachzuahmen.

Oberbürgermeister Dr. Kucher will Veranlassung nehmen, mit dem Ministerium des Innern in Verbindung zu treten, um gewisse Zweifel zu beseitigen. Es ist nicht möglich, alle Vorlagen jetzt so mit Material auszugestatten, wie zu Vorkriegszeiten.

Stv. Dr. Moedel (Str.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu der Vorlage, da diese eine außerordentliche Maßnahme der Stadt bedeute. Der Hausbesitz werde Mittel und Wege finden, die Gebühren aufzubringen.

Stv. Wendling (Mieterversag.) wirft die Frage auf, warum denn trotz der Notlage des Hausbesitzes immer noch so viele Häuser gekauft werden. Wäre die Lage des Hausbesitzes wirklich so verzweifelt, so würden nicht so viele Häuser gekauft. Redner tritt für eine Verständigung zwischen Mieter und Vermieter ein.

Stv. Horst (Kommunist) lehnt die Vorlage namens seiner Fraktion ab.

Stv. Dr. Kerlinger (Deutschlib.) kommt auf die sprunghafte Erhöhung der Umlage zu sprechen, die einen großen Verlust der Hausbesitzer verursachen. Von beiden Seiten sind daher Opfer erforderlich. Die Ausführungen des Stv. Wendling zeugen von einem Urteil von wenig Sachkenntnis. Häuser werden gekauft zur Verleumdung von Schiebergebern. Der Hausbesitzer ist heute der billigste Beamte des Hauses.

Stv. Eberhardt (U.S.P.) lehnt zunächst die Vorlage ab, erklärt später jedoch seine Zustimmung dazu. Er bedauert aber, daß es nicht möglich war, das Verleumdungsprogramm progressiv zu veräußern.

Stv. Lehmann (Soj.) glaubt, daß die beste Kapitalanlage immer noch der Hausbesitz ist. Die meisten Vermieter würden die Steuererhöhung doch wieder auf die Mieter abwälzen.

Stv. Dr. Hirscher (Soj.) macht auf den Umstand aufmerksam, daß die Hausbesitzer heute ihre Häuser nicht gerne verkaufen, weil diese immer noch eine gute Kapitalanlage darstellen. Deshalb kann auch von einer Völlige der Hausbesitzer im allgemeinen nicht gesprochen werden.

Stv. Horst (Kommunist) lehnt die Vorlage ab und zwar aus dem Grunde, weil seine Fraktion die Vorlagen eben prüft.

Stv. Wendling (Mieterversag.) polemisiert gegen die Ausführungen des Stadtr. Dr. Kerlinger. Redner kommt schweren Herzens für die Vorlage, erwartet aber, daß ein Niegel vorgeschoben wird, damit man die Steuer nicht auf die Mieter abwälzt.

Stv. Brümmer (U.S.P.) stimmt der Vorlage zu und zwar aus prinzipiellen Gründen. Die Abstimmung über die städtische Vorlage 2 ergab deren Annahme mit allen gegen 10 Stimmen der Kommunisten und Deutschliberalen.

Es folgt die Besprechung über Vorlage 3 „Gemeindeeinkommensteuer“, wobei Oberbürgermeister Dr. Kucher ausdrücklich feststellt, daß diese Vorlage nur eine Gültigkeitsdauer von 3 Monaten hat.

Stv. Berreg (D.M.) Die Heranziehung der von der Reichseinkommensteuer nicht erfassten Einkommensteuern zur Gemeindeeinkommensteuer ist bedauerlich, aber bei der allgemeinen Finanzlage der Städte wird kurz über lang wohl keine Stadt an dieser Steuer vorbeigehen können. Es wird sich nur darum handeln, in welcher Form diese Gemeindeeinkommensteuer erhoben werden soll und hier haben wir gegen die städtische Vorlage ganz erhebliche Bedenken. Nach der Vorlage wird ungefähr nur ein Drittel der 72000 Steuerpflichtigen erfasst, nämlich alle Ledigen mit über 5000 M Einkommen, die Verheirateten ohne Kinder mit über 17000 M Einkommen und die Verheirateten mit Kindern mit über 25000 M Einkommen. Der Betrag ist demnach auch nur 6 Millionen Mark. Um nun zu vermeiden, daß bald wieder eine ähnliche Vorlage an uns kommt, weil der Betrag dieser Steuer voraussichtlich nicht ausreicht, dann aber vor allen Dingen, weil die Vorlage große Ungerechtigkeiten und Härten enthält, haben wir den Antrag gestellt, die Steuer nach Essener Muster festzusetzen, weil dadurch eine viel gleichmäßigere Erfassung aller Steuerpflichtigen erreicht wird. Nach der städtischen Vorlage muß ein Verheirateter mit 1 Kind und mit 25-30000 M Einkommen 187,50 M Steuern zahlen, ein solcher mit dem gleichen Einkommen, aber mit 4 Kindern nur 300 M städtische Steuern zahlen. Also was die Reichseinkommensteuer gut macht, würde die städtische Steuer wieder schlecht machen. Anders beim Essener Muster, hier ist auf die Kinderzahl ausgiebig Rücksicht genommen. Wir sind deshalb im Prinzip vorgezogen für eine Gemeindeeinkommensteuer, lehnen aber die vorgeschlagene Verteilung der Steuerlasten ab und empfehlen das Essener Muster.

Stv. Brümmer (U.S.P.) ist für Annahme der Vorlage in abgeminderter Form. Seine Fraktion stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß sie für Annahme der Vorlage durch das Reich gezwungen wird. Die unvorteilhafte Lage muß von der Steuer befreit werden. Der Standpunkt der U.S.P. ist weitgehender und sozialer wie die anderen.

Oberbürgermeister Dr. Kucher wendet sich gegen verschiedene Redewendungen des Redners, der unter Bezugnahme auf das Reichsstatut von Schmidt gesprochen hat.

Stv. Wolfes (Deutschlib.) spricht in längeren Darlegungen über die städtische Vorlage, der seine Fraktion aus sachlichen Erwägungen heraus zustimmt. Wundern muß man sich darüber, warum Stv. Brümmer einen Finanzminister sucht. Die Sache ist doch eindeutig.

Stv. Brümmer (U.S.P.) ist für Annahme der Vorlage in abgeminderter Form. Seine Fraktion stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß sie für Annahme der Vorlage durch das Reich gezwungen wird. Die unvorteilhafte Lage muß von der Steuer befreit werden. Der Standpunkt der U.S.P. ist weitgehender und sozialer wie die anderen.

Oberbürgermeister Dr. Kucher wendet sich gegen verschiedene Redewendungen des Redners, der unter Bezugnahme auf das Reichsstatut von Schmidt gesprochen hat.

Stv. Wolfes (Deutschlib.) spricht in längeren Darlegungen über die städtische Vorlage, der seine Fraktion aus sachlichen Erwägungen heraus zustimmt. Wundern muß man sich darüber, warum Stv. Brümmer einen Finanzminister sucht. Die Sache ist doch eindeutig.

Stv. Brümmer (U.S.P.) ist für Annahme der Vorlage in abgeminderter Form. Seine Fraktion stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß sie für Annahme der Vorlage durch das Reich gezwungen wird. Die unvorteilhafte Lage muß von der Steuer befreit werden. Der Standpunkt der U.S.P. ist weitgehender und sozialer wie die anderen.

Stv. Dr. Moedel (Str.) ist der Ansicht, daß der städtische Antrag der richtige ist, weshalb seine Fraktion demselben auch zustimmt.

Stv. Scherer (Kommunist) verlangt ein Existenzminimum für die Arbeiter und bittet, dem Antrag der Kommunisten zuzustimmen.

Da sich niemand mehr zum Wort meldet, erfolgt die Abstimmung, die in der Weise vorgenommen wird, daß zunächst die Abstimmung über die Steuerfreiheit der Ledigen, sodann der Verheirateten mit Kinder und zuletzt über die Steuerfreiheit der Verheirateten ohne Kinder stattfindet. Bei der Abstimmung über die „Steuerfreiheit der Ledigen“ wird der weitestgehende Antrag der U.S.P. auf Steuerfreiheit bis zu 15000 M. Einkommen mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und U.S.P. abgelehnt, dagegen der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Steuerfreiheit bis zu M. 12000 Einkommen mit allen gegen die Stimmen der Deutschliberalen und Deutschnationalen angenommen. Bei der Abstimmung über die „Steuerfreiheit der Verheirateten ohne Kinder“ gelangen ebenfalls der sozialdemokratische Antrag mit demselben Stimmenverhältnis zur Annahme, während der Antrag der U.S.P. abgelehnt wird. Die Abstimmung über den Beitrag der „Verheirateten mit Kinder“ ergibt ebenfalls die Annahme des sozialdemokratischen Antrags. Um 6.10 Uhr zieht sich der Stadtrat zur Besprechung über die gefassten Beschlüsse zurück. Um 6 Uhr 25 Min. erklärt der Oberbürgermeister, daß sich der Stadtrat die Mehrheitsbeschlüsse zu eigen gemacht habe.

Es folgt nunmehr die Besprechung über die „Kanalgebührenordnung“. Hierzu spricht Kraft (Soj.) und Wichter (U.S.P.). Stadtbauinspektor Ellenlohr gibt auf Wunsch Ausschluß über die Zahl der Beamten, die alle stark beschäftigt sind. Stadtr. J. Kuhn (U.S.P.) bezeugt es für ein Verbrechen, wenn seine Fraktion der Vorlage zustimmt. Die Abstimmung ergab die Annahme der städtischen Vorlage mit allen gegen die Stimmen der U.S.P. und Kommunisten. Die Anträge der U.S.P. und Deutschnationalen werden abgelehnt.

Nunmehr wird in die Besprechung der „Müllabfuhrgebühren“ eingetreten. Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, den Nutzungswert von M. 300 auf M. 500 zu erhöhen, sowie die städtische Vorlage. Angenommen wird auch die städtische Vorlage über den Strompreis.

## Außerordentliche Maßnahmen im Vorausschlag 1920/21.

Stadtratsbeschlüsse: Die Ausführung nachstehend vorgeschlagener außerordentlicher Maßnahmen, die vor Feststellung des Haushalts für 1920/21 notwendig werden, wird genehmigt. Die Kosten mit zusammen 201270 M. sind unter Vorgriff auf die Mittel des Rechnungsjahres 1920/21 zu decken und deshalb im Vorausschlag 1920/21 bei den in Frage kommenden Rechnungsposten vorzusehen.

Stv. Dr. Koll (Str.) begründet die Vorlage und empfiehlt sie zur Annahme.

Stv. Kauh (U.S.P.) lehnt die Vorlage namens seiner Fraktion ab.

Stv. Schnebels (U.S.P.) kritisiert, daß Arbeiten ohne Zustimmung des Bürgerausschusses ausgeführt werden. Nach weiteren Bemerkungen des Stv. Dr. Koll (Str.) und Stv. Dr. Wolfes (Soj.), des Oberbürgermeisters sowie Stv. Dr. Wolfhard (Dem.) und Stv. Berreg (Deutschlib.) wird die Vorlage einstimmig angenommen.

## Zuschußleistung an den Verein Volksbibliothek.

Stadtratsbeschluss: Dem Verein Volksbibliothek wird für das Jahr 1920 ein städtischer Zuschuß von 20000 M. bewilligt.

Die Vorlage wurde angenommen. Um 7 Uhr stecken die Vertreter der Presse ihre Tätigkeit ein. Die nachfolgenden, noch zur Beratung stehenden Vorlagen wurden alle angenommen, mit Ausnahme des letzten Punktes der Tagesordnung, der an eine Kommission verwiesen wurde.

## Kauf, Verkauf und Tausch von Grundstücken.

Der Stadtrat hat beschlossen, zum Zwecke der Ausführung des Ableitungsguts nach dem Rhein für die künftige Entwässerung des Stadtteils Sandhofen Grundstücke von 1998 Qm. zum Preise von 10 Pfennig für den Quadratmeter und von 2335 Qm. zum Preise von 60 Pf. für den Quadratmeter, in Käfertal für Straßenzweck, teils zur Vermehrung des Bestandes an Baugelände im Umgebungsgebiet zwischen Kolbühl- und Mannheimerstraße, zwei Grundstücke im Umfang von 8 Ar 75 Qm. zum Preise von 5 M. für den Qm. und 653 Qm. zum Preise von 6 M. für den Qm. und in Ausübung des Sperrgesetzes zur Erweiterung des städtischen Grundbestandes und eines in Abelnau (12 Ar 36 Qm. zu etwa 5,50 M. für den Qm., 16 Ar 78 Qm. zu etwa 1,48 M. den Qm. und 9 Ar 47 Qm. zu etwa 4 M. für den Qm.) zu erwerben. Zur Bestreitung der Kaufpreise, Aufwände und der schätzungsweise ermittelten Kosten werden zusammen 85000 M. aus Grundstodsmitteln mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren bewilligt.

## Erwerbung des Waldparkrestaurants „Am Stern“.

Stadtratsbeschluss: Das Waldparkrestaurant „Am Stern“ mit Inventar wird zu 217000 M. erworben. Zur Zahlung des Kaufgeldes und etwaigen Kosten werden Anleihenmittel bis zu 218000 M. mit einer Verwendungsfrist von 10 Jahren zur Verfügung gestellt.

## Ausscheiden von Gelände aus dem Waldverband.

Stadtratsbeschluss: Die im Jahre 1918 als Vorkeld abgetriebene Waldfläche südwestlich des Friedhofs Abelnau, sowie die für den Friedhof benötigte Fläche von insgesamt etwa 5 Hektar 3 Ar werden aus dem Waldverband ausgeschlossen.

## Von zwei Großviehwagen auf dem Viehhof.

Stadtratsbeschluss: 1. Zur Erstellung von zwei Großviehwagen auf dem Viehhof wird ein Betrag von 142000 M. bewilligt, der aus der Kasse der Erneuerungsfonds darlehensweise entnommen werden soll. Die Tilgung hat innerhalb 10 Jahren, erstmals im Rechnungsjahr 1921/22, aus Wirtschaftsmitteln zu erfolgen. 2. Die Kommission für dringende Anschaffungen und Lieferungen hat am 8. November 1920 die sofortige Ausführung der Grab- und Maurerarbeiten gutgeheißen.

## Elektrische Ausstattungen für Straßenbahnwagen.

Stadtratsbeschluss: Der für die Beschaffung von 20 elektrischen Ausstattungen für Straßenbahnwagen entstehende Mehraufwand von 2462000 M. über den ursprünglichen, aus dem Erneuerungsfonds bewilligten Betrag von 530000 M., ist aus Anleihenmitteln zu bestreiten und innerhalb 15 Jahren aus Wirtschaftsmitteln rückzuerlösen. Der erste Teilbetrag ist in den Vorausschlag 1921/22 einzustellen.

Schluss der Sitzung nach 8 1/2 Uhr.

## Beachtungen über die gestrige Bürgerauschuss-Sitzung.

Der Bürgerausschuss mußte sich noch einmal an einem der letzten Tage des alten Jahres versammeln, weil am 1. Januar mehrere wichtige Vorlagen in Wirklichkeit zu treten haben. Es handelt sich um eine neue Attacke auf den Geldbeutel des Stadtbürgers. Man kann dieses Steuerbuletten ebenjot ein allerdings recht unangenehmes duftendes Neujahrsgeschenk nennen. Um denbedenklichsten ist die erneute Erhöhung der Umlage auf Liegenschafts- und Betriebsvermögen. Der Bürgerausschuss hatte am 7. September d. Js. beschloffen, 1,08 Mark aus 100 Mark Steuerwert für das Rechnungsjahr 1920/21 zu erheben. Gestern wurde nunmehr nach kurzer Debatte gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten beschloffen, eine Nachtragsumlage von 54 Pfg. je zur Hälfte auf 15. Februar und 1. März 1921 zu erheben, jedoch im ganzen 162 Pfg. zum Einzug gelangen. Stadtr. Ludwig Haas sprach sich namens der Deutschliberalen

Mitteilungen für die Ausgabe vom 31. Dezember 1920.

Am Freitag, 31. Dezember erscheint nur eine Ausgabe um 12 Uhr. Wir bitten, Mitteilungen für diese Ausgabe bis spätestens 10 Uhr vormittags aufgeben zu wollen.

Die Schalter für Anzeigen, Bezug und Offerten bleiben bis 3 Uhr, die Zeitungsausgabeschalter beim Pförtner bis 4 Uhr geöffnet.

Die Geschäftsstelle.

Fraktion gegen die städtische Vorlage aus, weil er diesen enorm hohen Steuerbetrag als eine unerträgliche Belastung von Mannheims Gewerbe, Handel und Industrie ansieht. Handel und Gewerbe könnten die Steuererhöhung nur mit Not nach auf die breiten Massen abwälzen. Der Industrie aber werde dies nicht möglich sein. Herr Haas verweist auf das Karlsruher Vorbild, wo nur 125 Bflg. erhoben werden. Oberbürgermeister Dr. Kasper sagt den von deutsch-liberaler Seite abgeforderten Teil mit dem sicheren Gefühl der jenseitigen höchsten Finanzlage der Stadt auf. Er gab Herrn Haas zu, daß die Belastung des Rohvermögens, namentlich des Hausvermögens, in Mannheim eine ganz entlegene ist. Wenn man 1,62 Bflg. vom Rohwert eines Hauses nehme, so ziele man einen ganz erheblichen Teil des Ertrages ein und trage auf diese Weise zur weiteren Besteuerung der Wohnungen bei. Der Herr Oberbürgermeister wies weiter auf die tragische Tatsache hin, daß die deutschen Gemeinden seit Jahrzehnten für die Befreiung der Besteuerung des Rohvermögens gekämpft haben und nun durch die Not der Zeit gezwungen sind, diese Steuern wieder einzuführen. Aber — und das war die Quintessenz der oberbürgermeisterlichen Ausführungen — wir müssen das Geld hernehmen, wo wir es her bekommen und außerdem wird dieser Zugriff durch das Landessteuergesetz geradezu vorgeschrieben. Die Städte arbeiten, so ist es richtig, daran, sich mehr Bewegungsfreiheit nach der Richtung zu verschaffen, daß die gewerblichen Vermögen anders als die Grundvermögen zur Besteuerung herangezogen werden, aber wir besichtigen, daß diese angestrebte „Autonomie“ so spät kommen wird, daß sie vielen Hausbesitzern nicht mehr viel helfen kann. Herr Dr. Kasper meinte, eine genauere Differenz bei der steuerlichen Erfassung des Rohvermögens würde manche Ungerechtigkeiten beseitigen. So gebe es bei den großen Unternehmungen gewisse Gruppen, die heute steuermäßig noch weitgehend freier belastet werden könnten. Gegenwärtig aber sei ein anderer Radius, als gleichmäßige Belastung und volle Einparung des Rohvermögens nicht möglich. Das Karlsruher Beispiel könne nicht gut als vorbildlich herangezogen werden. Die Stadt Karlsruhe brauche auf einer Reihe von Gebieten weniger — er verwies hierauf darauf, daß die Stadt Mannheim die höchsten Zölle und Gehälter zahle — und zudem habe sich der Karlsruher Kollege ein hinterhältiges Gebotnis erhalten, daß er erklärte, es könne möglich sein, daß auch in Karlsruhe das Rohvermögen bis zur zulässigen Steuerhöchstgrenze noch erfasst werden müsse.

Der deutsch-nationale Stadtverordnete Dr. Kerlinger rief im Anschluß hieran eine kurze Debatte über die Lage des Hausbesitzes hervor. In treffenden Ausführungen schilderte er die geradezu katastrophalen Verhältnisse, in denen sich viele Hausbesitzer befinden. Der Hausbesitz wäre so gut wie entrechtet. Viele Mieter könnten eine Mietsteigerung nicht mehr ertragen, aber auch viele Hausbesitzer wären am Ende ihrer Kraft. Von den „kleinen Leuten“ unter den Hausbesitzern müßten heute schon zahlreiche von ihrem Einkommen, das zudem nicht einmal an das Existenzminimum heranreichte, zu den Kosten des Lebens, die ihrem Hause auferlegt würden. Für diese „kleinen Leute“ sei die neuerliche Umlageerhöhung unerträglich, ungerade und unlosbar. In Berlin bezögen sich 300 Hausbesitzer auf die Unterstützung. Wozu in Mannheim? Herr Dr. Kerlinger hätte gleichwohl gern erfahren, wie viele Hausbesitzer steuerlich unabhängig sind. Er hat aber auf diese Fragen keine Antwort erhalten. Wenn der Hausbesitz mit dem Steuerstreit droht, so ist nach Herrn Dr. Kerlingers Ansicht dieses letzte Mittel nicht mehr notwendig, denn der kleine Hausbesitz werde zuerst aufhören, Steuern zu bezahlen, weil er es einfach nicht mehr bezahlen könne. Der Redner vertrat den allein richtigen Standpunkt, daß der Vermögensbesitz nach dem Einkommensteuertarif versteuert werden sollte. Aber da es sehr schwer sein wird, eine grundsätzliche Veränderung nach dieser Richtung herbeizuführen, so war Herrn Dr. Kerlingers Bitte durchaus angebracht, allen denjenigen Hausbesitzern in irgend einer Weise beistand unter die Arme zu greifen, die die Steuererhöhung nicht mehr auf die Mieter abwälzen können und zu den auf dem Hause ruhenden Steuerlasten auch noch aus ihrem bescheiden Einkommen beitragen müssen. Diese Ausführungen, denen jeder Einseitigkeit beschuldigen muß, rief den Widerspruch des Stadts. Weidling hervor, der die Meinung vertrat, daß Herr Dr. Kerlinger die Interessen des Hausbesitzes nicht gerade glücklich vertreten habe, wenn man sich vergegenwärtige, welche Nachfrage nach Häusern herrsche, in welchen Kriegsgewinnern, Schlebern und mit ausländischem Kapital arbeitenden Elementen sich rentable Anlagen sichern wollten. Wenn man über die Rolle des Hausbesitzers lerne, dann dürfe man die nicht minder große des Mieters, der vergeblich eine menschenwürdige Wohnung suche, nicht unterschätzen lassen. Nur durch verständnisvolles Zusammenarbeiten von Hausbesitzer und Mieter könne der gemeinsamen Not gesteuert werden. Anträge zu dieser Zusammenarbeit seien bereits wahrzunehmen. Wozu Herr Dr. Kerlinger erwiderte, man könne heute Häuser haben, wobei man wolle, wenn man den heutigen Eigentümern eine Verjüngung von 4-5 Prozent garantiere. Der Hausbesitz sei eigentlich heute schon kommunalisiert, und der Hausbesitzer sei der 4. St. billige

städtische Beamte. Sollten einmal die Häuser völlig in den Besitz der Stadt übergehen, dann werde man keine so billigen Hausverwalter mehr bekommen. Wegen dieser zurechtfindenden Ausführungen konnte nicht mehr viel erwidert werden. Erwähnenswert ist nur die Bemerkung des Stadts. Dr. Hiesler, welcher sich auf den Standpunkt stellte, daß in der Zeit des immer wirksamer werdenden Papiergeldes ein Haus immer noch die sicherste Kapitalanlage sei. Hierher sei der Vorzug, ein sicheres Dach über dem Kopf zu haben, auch nicht zu verachten.

Die Beratung der Vorlage über die Erfassung der Einkommensteuereinkünfte, die von der Reichseinkommensteuer freigelassen werden, gipfelte in der Annahme eines sozialdemokratischen Antrages, der die Grenze, bei der die Besteuerung beginnt, wesentlich herabsetzt und damit der städtischen Vorlage ihre ursprüngliche Härten nimmt. Der Stadtrat erklärte sich nach überstündiger Beratung mit dieser Änderung (Beginn des Leitzuges bei Einkommen über 12.000 Mark, bei Verheirateten ohne Kinder bei 20.000 Mark und bei Verheirateten mit Kindern bei 30.000 Mark) einverstanden. Die Erhebung der Kanal- und Abfallabfuhrgebühren wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten genehmigt, ebenso die Steuererhöhung um 20 Bflg. die R. W. St. Die Straßenreinigungskostenordnung war schon zu Beginn der Sitzung von einer 13gliedrigen Kommission zur nochmaligen Durchprüfung verworfen worden. Als die Presse kurz nach 7 Uhr ihre Tätigkeit einstellte, legte eine längere Rede der kommunalistischen Stadträtin Kaus ein, die bei der Vorlage über die Zuschußleistung an den Verein Volksbibliothek für die Zentralisierung des Bibliothekswesens plädierte. Der Rest der aus 14 Punkten bestehenden Tagesordnung wurde dann bis halb 9 Uhr erledigt und alle Vorlagen mit Mehrheit angenommen. Nur die letzte Vorlage, die einen Mehraufwand von 2.463.000 Mark für die Beschaffung von 20 elektrischen Ausrichtungen für Straßenbesenwagen anfordert, teilte das Schicksal der Straßenreinigungskostenordnung. Jurisdiktion an eine Kommission.

Milchverföhrung der Stadt Mannheim und die Ablieferung der Ueberflusbezirke.

P. A. Nach einer Erhebung des Ministeriums des Innern betrug am 15. September 1916 die gesamte Milchzufuhr nach Mannheim einschließlich der Einfuhr aus der Pfalz, Hessen, Württemberg, aus der Schweiz und Schweden, im Tagesdurchschnitt nur noch 27.400 Liter. Damit war der Beweis erbracht, daß der freie Handel nicht mehr imstande war, die Milchversorgung der Stadt sicher zu stellen, insbesondere den am meisten auf die Milchversorgung angewiesenen Teilen der Bevölkerung den sog. Milchnotbedarf zu gewährleisten. Wie in Mannheim lagen die Dinge im ganzen Land. Um einen weiteren Mangel zu verhüten, wurde durch die Milch- und Speisefetzverordnung vom 29. November 1916 die Zwangsablieferung von Milch und Butter vorgeschrieben und den Bedarfsstellen bestimmte Ueberflusbezirke zur Belieferung zugewiesen. Besondere Schwierigkeiten ergaben sich hierbei aus der Lage der badischen Bedarfsstellen, die fast alle aus einem verhältnismäßig kleinen Raum zwischen Mannheim und Bad Nauheim zusammengefaßt mit wenigen Ausnahmen sein eigenes Hinterland haben; den größeren Bedarfsstellen mußten deshalb außer nahe gelegenen auch entfernter gelegene Ueberflusbezirke zugewiesen werden.

Der Stadt Mannheim wurden die Amtsbezirke Weiskirchen, Bonndorf, Buchen, Teile von Eppingen, Heil und Dörrach, ferner Weiskirchen, Mühlheim, Pfaffenbrunn, Schönau, Teile von Schoppsheim und Eisingheim, sowie Stedda, Taubersbischheim, Waldobrunn und einige Gemeinden des Wiesloch zugewiesen. Trotz aller Schwierigkeiten gelang es, nicht nur im Jahre 1917 den Mangel der Milchlieferung zu vermeiden, sondern dies derart zu steigern, daß sie im Juni 1918 eine Menge von über 40.000 Liter Milch erreichten (dazu noch Butterlieferungen aus den Bezirken von rund 44.000 Liter Milch umgerechnet). Im Sommer 1917 entfielen (Milchmenge geteilt durch Bevölkerungsziffer) 0,18 Liter Milch auf den Kopf der Mannheimer Bevölkerung, im Sommer 1918 dagegen 0,24 und 0,25 Liter, also reichlich zwei Drittel der Kopfmenge, die — von Dr. Anna Widenhagen, die Milchversorgung der Stadt Mannheim (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, A. Band 140) — mit 0,36 Liter als Tagesverbrauch der Mannheimer Bevölkerung im Jahre 1911 berechnet worden ist. Vom Sommer 1918 ab bewegen sich die Lieferungen wieder auf abnehmende Linie. Sie betrugen im Juni 1919: 27.900, im Juli 1920: 29.402 Liter; die geringste Milchmenge seit 1918 wurde im Jahre 1919 im Mai mit 20.996 und im November mit 21.820 Liter angesetzt. Seit August 1920 sind die Lieferungen häufig zurückgegangen. Am 1. August 1920 betrug die Milchlieferung im August und 29.025 im Oktober. Im November wurden sogar nur noch 20.000 Liter täglich aus den badischen Kommunalbezirken zugeführt. Dabei beträgt der tägliche Milchnotbedarf der Stadt Mannheim zwischen 27.000 bis 28.000 Liter. Da die eigene Milchversorgung der Stadt im Oktober 1920 die Einfuhr aus Hessen 2100 Liter betrug, so fehlen der Stadt also, um nur die Rinder bis zum 6. Februar, die Schwangeren in der letzten 3 Monaten, die stillenden Rinder und die Kälber mit der erforderlichen Milch zu versehen, täglich über 4000 Liter Milch. Die Einfuhr aus Hessen, die früher nicht mehr aus Rhein- und Elbe, sondern aus dem mittelmäßig ungenügenden Oberrhein kommt, ist von 8000 Liter im August 1918 auf 2100 Liter zurückgegangen. Auf den Kopf der Mannheimer Bevölkerung entfielen im Oktober nur noch 0,11 Liter Milch täglich.

Von den nordbadischen Lieferbezirken der Stadt Mannheim haben im Jahre 1918 Weiskirchen bis zu 2400, Buchen bis 6200, Eisingheim

(einschl. der Lieferungen nach Heidelberg) bis 8100, Taubersbischheim bis über 9000 Liter täglich geliefert. Heute liefern diese Bezirke nur noch je zwischen 2400—2600 Liter. Weiskirchen, Buchen und Eisingheim haben im großen und ganzen die letztjährigen Lieferungen gehalten, Taubersbischheim ist abgefallen; dagegen hat der Amtsbezirk Eppingen, der (an mehrere Städte) im Juni 1918 noch 5800 Liter täglich geliefert hat, im laufenden Jahre mit 3100 Liter die höchste Tageslieferung des Jahres nicht unbedeutend überschritten.

Bei den oberbadischen Bezirken ist der Rückgang in der Tageslieferung am stärksten in den Bezirken Bonndorf (von 7800 Liter im Mai, 7300 Liter im Juni und Juli 1918, 6800 Liter im Juni 1919 auf 5100 Liter im Juni und 4100 Liter im Oktober 1920), Waldobrunn (von 7000—7100 Liter im März und August 1918, 6100 Liter im Juli 1919 auf 5000 Liter im August und 3300 Liter im Oktober 1920), Pfaffenbrunn (8200 Liter im März, 8300 Liter im Juli 1918, 6100 Liter im Juli 1919 und Juli 1920 auf 2245 Liter im Oktober 1920), Schoppsheim (das zugleich nach Dörrach liefert, von 4700 Liter im März und 4400 Liter im Oktober 1918 auf 3800 Liter im Juli 1919, 3000 Liter im Juli und September 1920 auf knapp 2300 Liter im Oktober 1920) und Schönau (von fast 3700 Liter im Mai 1918 und fast 2900 Liter im Juni 1919 auf 1800 Liter im Juni und wenig über 400 Liter im Oktober 1920). Weniger unglücklich sind unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse die Lieferungen von Mühlheim (von 4000 Liter im Juni 1918 auf 1200 Liter im Juni 1919, 800 im Juni und 250 Liter im Oktober 1920) und Dörrach, das natürlich auch die Stadt Dörrach beliefert, (von etwa 2500 Liter im Juni 1918 auf 1800 Liter im Juni 1919 und 1900 Liter im Juli 1920; ein weitausgehendes Maß gewöhnten die Anlieferungen des Bezirkes Weiskirchen, der im Juni 1919 wieder dieselbe Tagesmenge wie im Juni 1918 mit fast 9800 Liter, im Juni 1920 immerhin fast 8000 Liter und auch im Oktober noch rund 4700 Liter aufgebracht hat, und im Bezirk Stedda, der im Februar 1918: 10.700, im Juni 1918 fast 12.000 Liter, im Jahre 1919 höchstens 7000—7400 bis herab auf 4200 Liter geliefert und im Jahre 1920 die Anlieferungen wieder auf 9200 in der Maximal- und 5500 Liter in der Minimal-Lieferung gesteigert hat.

Gemäß hat die Maul- und Klauenseuche (Juni 1920 6814 Geheile in 377 Gemeinden, im Juli 1921 Geheile in 456 Gemeinden, am 15. Dezember: 5539 Geheile in 651 Gemeinden verzeichnet), deren Folgen wegen der Sperrung des Fernverkehrs zum Teil erst später zur vollen Auswirkung gelangen werden, die Milchversorgung von Mannheim empfindlich gefährdet, gemäß haben der erhebliche Mehrbedarf für die Jungenshöflichkeit (Müllern), der im Verhältnis zur städtischen Versorgung zum Teil recht stark Milchverbrauch der Versorgungsbedürftigen in den Ueberflusbezirken und ganz besonders die verbotene, aber gewinnbringende übermäßige Verfütterung von Vollmilch an Jungvieh und Ferkel der Milchversorgung von Mannheim Abtrag getan. Der größte Schaden ist die Milchversorgung von Mannheim ist und bleibt jedoch der immer mehr auf sich greifende geheime Schleißhandel mit Butter. (Kaum tritt die Maul- und Klauenseuche in einer Gemeinde auf, so suchen die Vertreter von Milchzentralisationsfabriken ihre, der Milchlieferung so schädlichen Fabrikate zu vertreiben, dazu die allerorts in Stadt und Land fast öffentlich betriebene Schleißversorgung mit Milch.

Man sollte annehmen, daß die in der deutschen Kinderhilfe zu starkem Ausdruck gelangte Erkenntnis von der Ernährungsnot der Kinder in den Südländern auch in einer dringenden notwendigen Steigerung der Milchlieferung an die städtischen Versorgungsstellen zur Geltung kommen müßte.

Keine Aufhebung der Zwangsablieferung für Butter.

Berlin, 28. Dez. (W.S.) Von ausländischer Seite wird aus folgenden Gründen: In vielen Kreisen der Öffentlichkeit ist die Meinung verbreitet, daß eine Aufhebung der Zwangsablieferung für Butter im kommenden Frühjahr geplant sei. Diese Annahme ist durchaus irrig. Sie widerspricht einmal den ausdrücklichen Erklärungen des Reichs Ernährungsministers Dr. Hermes, wonach in der Bodenreform der Zwangsablieferung kein Ende einzutreten sei und u. a. die Milch und Butter weiter unter der Zwangsablieferung verbleiben müssen. Ferner liegt in dieser Aufhebung eine Verletzung der Tatsache, daß Milch und Milchfett organisch zusammengehören. Bei der einseitigen Freilassung der Butter und der damit gegebenen freien Preisbildung würde die Milch vorzugsweise der Verwertung zugewandt werden, da diese dann eine viel gewinnbringendere Verwertung der Milch ermöglichen würde. Die bisherige Milchmangelversorgung der Kinder und Kranken, für die die Milch ein unentbehrliches Nahrungsmittel ist, wäre damit gefährdet. Doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine abschließliche Freilassung von Milch und Butter nicht in Frage kommt, bedarf für jeden Einsichtigen keiner weiteren Ausführung.

Städtische Nachrichten.

3. Sitzung deutscher Fliegergesellen. In Kreislauf wurden von der Stadtverordnetenversammlung im verflochtenen November zwei Straßen nach gefallenen Fliegergesellen benannt und zwar eine Emil Schäfer, und eine Werner Bohlstra. Wäre es nicht am Platze, wenn auch die Stadt Mannheim einen ähnlichen Beifall stiften würde. Stimmte doch aus Mannheim der Flieger Hans Bippart, der vor seinem Heldentod nicht weniger als 22 feindliche Flugzeuge abgeschossen und schon zum Orden „Pour le merite“ ernannt war.

Ein vorgeschichtlicher Riesenfund.

In Uredmoß, am Südoende der bekannten mächtigen Warte, eine halbe Stunde von dem Eisenbahnstationpunkt Uredmoß, ist in den letzten Jahren die hervorragendste Station Mitteleuropas aus der Steinzeit und eine der mächtigsten überhaupt aufgedeckt worden. Früheres darüber findet sich in dem Bericht von Dr. Karl Hübner, Rufus am Landesmuseum zu Berlin, von der Ethnologe Dr. Wollf Schellhorn-Berlin in seine Zeit im Deutschen Verlagshaus Bonn erscheinende Ausgabe des schönen, nachgelassenen Wertes von Prof. Dr. Hermann Knoke, dem verstorbenen Breslauer Gelehrten. Der Wertung der Steinzeit und die Entstehung der Kultur aufgenommen hat. Es fanden sich in einem Grab in Haderstellung zwanzig Knochen von Affenaffen bis zum Menschen, neben Knochen vom Mammuth. Ein Kind hatte Schmandbeinchen, bei einem Skelet lag der Kopf eines Elchhirsches. Das Ganze befand sich unter einer Kalkschicht, die dem Mammuth als Schutzmittel und ständige Wohnstätte diente, hat und in der er in einem reichsten Grab keine Familie bestattete. Der Skelet-Typus wurde als Megalotherium aus dem Jungpaläolithikum bestimmt und stellt wahrscheinlich eine Kreuzung von dem im Rheinland gefundenen Menschen mit dem des südfranzösischen Aurignacienmenschen dar. Ein erwachsenes Paar ist das besterhaltene und vollständigste solche Menschenpaar überhaupt. Charakteristisch für diesen Menschen sind die starke stehende Stirn und die starken, zusammenhängenden Ueberaugenwülste. Das Hinterhaupt ist an dem Funde ist aber das riesige Mammuthschädel, das sich hier öffnet, geringe Größe etwa 1000 Liter, an ausgerechnet erhaltenen Bodenflächen des Mammuth fanden sich allein etwa 2000. Und vieles davon ist so sorgfältig davon aufgehoben, daß hier der Mensch die Knochen abfallig fortzerr haben muß. Die Mammuthschädel scheinen ihm nicht als Nahrung gedient zu haben, sondern nur die Knochen und Zähne als Material für seine Werkzeuge. Von diesen wurden etwa 40000 Stück aufgedeckt, in mannigfaltigster Form aus Hornstein, Feuerstein, Bergkristall, Zapis u. a. hergestellt, aber besonders viele auch aus Knochen. Aus dem Mammuthbein des Böwen und Büren hat sich der Redemulmenstein seine Größe bereitet. Rücken gerade wie Hölzer finden sich in großer Zahl. Mit ihnen sind vorzüglich mehrere „Schaber“ aus Mammuthrippen, nach rätischer die geätzte Hölzer aus Elchbein, bei der Dr. Hübner an ein Neanderthaler erinnert, wie etwa die Rindschädel auf Sibid. Die Knochen sind gefüllt aus Schmelz und einem Mammuthschädelzahn gefüllt.

Der Redemulmenstein — seine Aufhängelichte sind etwa 80000 a. Chr. angelegt — war aber auch schon ein ausgezeichneter Rindler. Die Knochen wurde er mit geometrisch e. verzierten Strichen, Punkten, Gruben, er bedeckte Knochen mit kombinieren

Zeichnungen, die oft aus unzähligen Strichen bestehen. Ein Mammuthschädel ist mit der schönsten Zeichnung einer weiblichen Gestalt bedeckt: die ansehend demanere Frau ist noch und reich bemalt. Da es fanden sich fünf aus Mammuthschädel gezeichnete kleine Statuetten solcher Schwangeren. Das bedeutsamste Stück aber ist wohl die aus Mammuthzahn geschnittenen Statuette eines Mammuths, nun im Handmuseum zu Brinn, bläue die einzige passliche Darstellung dieses Riesentieres aus der Hand keiner Zeitgenossen, von erstaunlicher Rotmohlichkeit in der Charakteristik des gemaltigen Körpers. Nach diesen Leistungen war der Redemulmenstein kein wilder Kropf mehr, wenn er auch durch seine Schädelbildung noch an seine Ahnen erinnerte, sondern hat mit seiner künstlerischen Begabung den Fortschritt des Menschengehirns bezeugt.

Der erste Kartoffelanbauer Vadens.

Von August Rud.

Es ist eine wenig bekannte Tatsache, daß die Kartoffeln erst verhältnismäßig lange Zeit nach ihrer Entdeckung in den einzelnen Landesteilen Deutschlands Eingang fanden. In unserer engeren Heimat Baden geschah dies erst im Jahre 1740 auf eine eigenartige merkwürdige Weise. Beim Herumirren in alten Häusern ließ ich auf ein Wert: Leben und Taten der drei Bürger Vadens: Rast, von Hilda und Anton Rindenschwender, Karlsruhe 1811, Wiesbadener Buchhandlung. Dieser letztgenannte Rindenschwender ist der Mann, der nach ihm die Kartoffel zuerst in Baden einführte und verbreitete. Hören wir hierüber näheres:

Er war der Sohn eines armen aus Tirl nach Gagnanau eingewanderten Holzhauers, der nur durch harte Arbeit seine Familie stückweise durchzubringen konnte. Der kleine Anton war ein aufgewecktes, kluges Kind und setzte schon im 12. Lebensjahre der Entschluß, in die Fremde zu gehen, sich als Knecht zu verbinden und hierdurch die kost des ärmerlichen Haushalts zu erleichtern. — Schon im benachbarten Dorfe Ottenau fand er einen Dienst gegen den uns heute noch sichtlich schmerzenden Lohn von 1 Rittel, 1 Hofe, 1 Wurst, 1 Hens, 1 Halszuch und eine und sechs einem Reichthaler Wöchlich Lohn bei freier Kost. Vor seinem Dienstantritt hörte er zufällig, daß in dem Württembergischen Grenzort Vörsenau Tagelöhner erlaubt würden zum Ausmachen von „Grundstücken“, die dort schon zum Anbau gebracht wurden. Unter Heil ließ sich nach vor seinem Dienstantritt dort einfinden, verachtete auf leiblichen Verlust und forderte als Gegenleistung nur soviel Grundstücken, um seinen Eltern und den armen Brüdern in Gagnanau bessere Nahrung zu beschaffen und die vorläufige Frucht auch in seiner Heimat einzuführen. Ein wirklich während großherzoglich August für das Gemeinwohl. Rander könnte sich heute ein Beispiel nehmen

an diesem armen Holzhaars-Kinde. Nach Beendigung seiner Tätigkeit in Ottenau zog er in die badische Heimat ab mit 5 Rindern, Kartoffeln. Die teils als Rohmaterial gleich verteilt wurden, zum großen Teile aber im folgenden Frühjahr als Saatgut Verwendung fanden. — Es wurde also Anton Rindenschwender der erste Kartoffelanbauer in Baden. —

Welch weittragende Folgen dies hochverehrte, gemeinnützige Tat des Bauernschicksals hatte, braucht hier nicht näher erörtert zu werden. — Der Leser wird sich aber für das weitere Lebensschicksal Rindenschwenders interessieren, das hier kurz skizziert sei:

Seinen Dienst in Ottenau verließ er nach einigen Jahren, um sich dem Gewerbe des Vaters als Holzhauer zu widmen, worin er sich als fleißiger, intelligenter Arbeiter erwies. Damals blühte im oberen Baden stark der Holzpore nach Holland und A. land Stellung als Faktor bei einer großen holländischen Firma mit einem Jahresgehalt von 500 Gulden. — Von Stufe zu Stufe, kaufte Haus und Gut, trieb fleißig Holzhandel nach Holland und Belgien, ward die Vertrauensperson des damaligen Bischofs von Speyer-Bruchsal, Kardinal von Hütrn und vieler anderer Fürsten und Herren. Das Gut Rindenschwender bei Gagnanau wurde mit großen Kosten aus einer Urkunde in ein prächtiges Schloss umgestaltet und viele Gebäude darauf errichtet. Er war dreimal verheiratet und hatte nicht weniger als 30 Kinder, von denen nur dem im Jahre 1808 erfolgten Tode nach 6 am Leben waren. Ruder den umfangreichen Gütern war eine Hinterlassenschaft von 200000 Gulden in der vorhanden, die nach 6 großen Erbschaftsstreitigkeiten führte. — Ein Sohn Rindenschwenders verlor nach Mannheim und verließ hier in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine große Schmäße mit Holzhandel auf dem Jungbunzl. Noch jetzt sind Nachkommen hier in Mannheim vorhanden.

Kunst und Wissen.

6. Nationaltheater. In der gestrigen General-Aufführung spielte Annemarie Weller das Mädchen mit ihrem Ausdruck in der gedanklichen Vertiefung dieser Gestalt. Zur vollen harmonischen Wirkung fehlte das tragende Organ, der erhebliche überdehnte Schmelz der Stimme, der Annemarie Weller infolge Erkrankung verlor blieb. Fein Wilhelm Koller war in der Rolle des Neuchâtel Josef Renter einprägnant. Sie ist nicht in sein Reich, und am allermerkwürdigsten bringt er für die unerschütterliche höchste Gedemüthlichkeit mit. Die mühsame Notwendigkeit, die Kunst zu bewahren, verdient, einschließlich die Rolle zum Vorteile der Gesamtwirkung einer schillernden Profilierung, und die Gewandtheit eines tüchtigen Schauspielers triumphiert schließlich über den Charakter der Rolle.

Warnung. Von Leipzig aus wird gegenwärtig zu Gunsten der Grenzspende zum Teile von 5 Mt. eine Ansichtspostkarte...

Nachzeichnung. Herr Hermann Ross, M. 5, 11, Leiter des Propagandabüros der Landesgruppe Baden-Württemberg...

Veranstaltungen.

Theaterabend. Morgen findet im Nationaltheater die Erlaubnisführung von Tabula rasa, ein Schauspiel von Carl Sternheim...

Wiederkehrend Wilhelm Kempff. Wilhelm Kempff, der im September beim Konzert des Berliner Kammerorchesters...

Table with 2 columns: Spielplan des National-Theaters and Neues Theater. Includes dates, times, and play titles like 'Fidelo' and 'Fra Diavolo'.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 28. Dez. Das Akademische Krankenhaus wurden die Frau Weichenberger aus Hohenheim und vier Kinder schwer verletzt eingetiefert...

Karlsruhe, 27. Dez. Im hohen Alter von 83 Jahren ist Senatspräsident a. D. Karl Freiherr Leuffler von Birkenfeld gestorben...

Hochheim, 27. Dez. Nach dem Voranschlag der Stadthaupfkasse für das Rechnungsjahr vom 1. April 1920 bis 31. März 1921...

Sportliche Rundschau.

Baden.

Des Mannheimer Rudervereins Amicitia a. D. konnte dieser Tage ein wichtiger Sieg erringen...

Sachsen.

W. L. S. I. - B. J. R. 17:1 (3:1). Vergangenen Sonntag trafen sich die ersten Mannschaften des W. L. S. I. und der Godey-Abteilung...

Handel und Industrie.

Union - Elbe - Union.

Wie uns gedahret wird, hatte gestern die in Nürnberg abgehaltene a.-o. G.-V. der Elektrizitäts-A.G. vorm. Schuckert u. Co. in der 25. Aktionäre mit 20377 Stimmen...

Ungünstige Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich vom 16. bis 22. Dezember d. J. zusehends verschlechtert. Die Zahl der Erwerbslosen hat um nahezu 200 zugenommen...

Eine Betriebschließung wurde in Karlsruhe bei einem Bauunternehmer vorgenommen, wobei 20 Arbeiter entlassen worden sind...

Erwerbslosenunterstützung erhielten in der Berichtswochen 3221 Männer und 128 Frauen mit zusammen 277616 M. Für Arbeitszeitverkürzung wurden an 166 Männer...

Die Aufhebung der Ausfuhrperre für Papierwaren und Bijouteriewaren.

Wie wir gestern schon kurz mitteilen, ist die deutschseits erlassene Ausfuhrperre für Papierwaren und Bijouteriewaren, die auf Grund der Verhandlungen mit der Schweiz...

Ziffer 1. Aus Abschnitt 11 des Zolltarifs: alle Waren der Nummern: 659 (Papier und Pappe mit Gespinnsteinlage usw.), 660 (Tapeten usw.)...

Hinsichtlich der unter Ziffer 1 nicht genannten, bisher gesperrten Waren wird zwar die deutschseits verhängte Sperre ebenfalls aufgehoben...

Wilhelm Wolf A.-G., Pforzheim. In der a.-o. G.-V. wurde beschlossen, das Aktienkapital durch Ausgabe von 1,7 Mill. M vom 1. Jan. 1921 ab dividendenberechtigten Aktien auf 3,4 Millionen M zu erhöhen...

Ostram G. m. b. H., Kommanditgesellschaft. Die Bilanz weist einen verteilbaren Reingewinn von ungefähr 27 Millionen M aus. Die hohen Umsätze und der Erwerb des größten Teils der Vereinigten Lausitzer Glaswerke...

Optische Anstalt S. P. Goers, Berlin-Friedenau. Die Gesellschaft wird eine Verdoppelung ihres jetzt 12 Mill. M betragenden Aktienkapitals vorschlagen. Die neuen Aktien sollen den Aktionären zum Nennwert angeboten werden.

Rudolf Karstadt A.-G., Hamburg. Wie der „Konfektionär“ meldet, beabsichtigt der Warenhauskonzern Rudolf Karstadt A.-G. in Hamburg, die Berliner Konfektionsfirma William Herz u. M. J. Meyer G. m. b. H. seinen Unternehmungen anzugliedern...

Einsichtnahme der Steuerbehörden in die Geschäftsbücher. Der § 207 der Reichsabgabenordnung besagt: Das Finanzamt soll die Vorlegung von Büchern und Geschäftspapieren in der Regel erst verlangen, wenn die Auskunft der Steuerpflichtigen nicht genügt oder Bedenken gegen ihre Richtigkeit vor-

liegen. Bücher und Geschäftspapiere sind auf Wunsch des Steuerpflichtigen tunlichst in seiner Wohnung oder in seinen Geschäftsräumen einzusehen.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 28. Dez. Die Börse verlief bei ziemlich lebhaftem Geschäft in fester Tendenz. Von Banken waren begehrt: Pfälzische Bank zu 150%, Rhein. Creditbank zu 162%

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 28. Dez. (Draht.) Der Umschwung der Börse nach oben machte heute einen kräftigen Fortschritt. Die Kurse zogen in zahlreichen Fällen an, vereinzelt waren sogar größere Kurssteigerungen zu beobachten...

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 28. Dezember.

Table with 4 columns: 28. Dezbr., 29. Dezbr., 28. Dezbr., 29. Dezbr. Lists prices for various metals like Aluminium, Nickel, and Copper.

Berlin, 28. Dez. (Eig. Draht.) Maisimport G. m. b. H., Hamburg. Unter diesem Namen wurde in Hamburg eine Gesellschaft mit einem vollbezahlten Stammkapital von 5 Millionen M gegründet...

Aufhebung der Benzinschwangwirtschaft. Die Gesetzbestimmungen über die Zwangswirtschaft und Höchstpreise für Benzin werden in den nächsten Tagen aufgehoben...

Italienische Einfuhrbestimmungen. Nach Mitteilung der Mailänder Handelskammer sind die italienischen Zollbehörden ermächtigt, die Einfuhr von Baumwollnähgarnen und von Kaffeemöhlen unmittelbar zu gestatten.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Dezember.

Table with 7 columns: Pegelstation von Rhein, Datum, 21., 24., 26., 27., 28., 29. Shows water level observations for various stations.

Wetterauslässe für mehrere Tage im voraus.

Unbefugter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 28. Dezember: Trüb, viel Wind. 31. Dezember: Heilig, teils Sonn, normal temperiert. 1. Januar 1921: Schön, frühweisse Kälte, mäßig.

Witterungsbericht.

Table with 7 columns: Datum, Barometerstand, Temperatur, etc. Provides weather reports for specific dates.

Gesamtleitung: Dr. Fritz Wollenbaum.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Wollenbaum; für Redaktion: R. Woborno; für Korrekturen: Dr. R. Kerppe; für Anzeigen: Herr Kögel.



Vorbeugend, heilend, lindernd und kühlend bei spröder, rissiger Haut, Entzündungen, kleinen Verletzungen, Brandwunden und leichten Ausschlägen wirkt Nivea-Creme.

F. Scherer & Co., G. m. b. H., Hamburg. Hersteller der Zahnpasta PEBICO.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg. Der Schulricht enthält die 1919/20: 14 Hefen; 16 Prims; 25 Oll und fünfjährige an Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, Verpflegung durch eigene Landwirtschaft.

Ämtliche Bekanntmachungen

Die Firma Georg Eyrach Mannheim-Walldorf, beabsichtigt im ehemaligen Militär-Güter-Erbschaften in Mannheim-Walldorf, Weststraße 17, eine Schloßerei mit Beschäftigung zu errichten.

Die Befreiungen und Güter liegen während der Einbürgerung auf dem Sekretariat der Abteilung IV a des Bezirksamtes und beim Bürgermeisterei Mannheim offen.

Mannheim, den 21. Dezember 1920.

Ämtliches Bezirksamte, III. IV. a.

Die minderjährigen Kinder Jürgard Feister, geb. 25. Mai 1912, Hermann Feister, geb. 3. Oktober 1914 und Erna Feister, geb. 14. Juli 1918, gesetzlich vertreten durch den Schulvormund, Oberhauslehrer Siegfried in Zweitort als Pfleger — Vermögensverwalter, Rechtsanwalt Dr. Robert Kay in Mannheim — haben gegen ihren an unbekanntem Orten abwesenden Vater, Schlosser und Geschäftsführer Paul Feister, ein Gesuch um die Aufhebung der Vormundschaft mit dem Antrag: 1. Der Befragte sei feindlich, an die drei Kinder als Unterhalt für die Zeit vom 1. August 1919 bis zum 1. März 1920 zu Händen ihres gesetzlichen Vertreters eine Geldrente von monatlich je 40 RM., — 120 RM. und für die Zeit vom 1. März 1920 bis zum 31. März 1921, bezüglich der Kinder Paul Feister bis zum 31. März 1920, bezüglich der Kinder Erna Feister bis zum 31. März 1921, bezüglich der Kinder Hermann Feister bis zum 14. Juli 1921, gleichfalls zu Händen ihres Pflegers eine Geldrente von monatlich je 60 RM., — 180 RM. zu beziehen und zwar die rückständigen Beträge sofort und die künftig fällig werdenden am 1. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober des Jahres, 2. Der Befragte habe die Kosten des Rechtsstreits zu tragen, 3. Das Urteil sei, soweit die Entscheidung für die Zeit nach der Erhebung der Klage und für das der Erhebung der Klage vorausgehende Vierteljahr zu erfolgen hat, vorläufig vollstreckbar. Die Kläger haben den Befragten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die V. Zivilkammer des Landgerichts Mannheim auf Freitag, den 18. Februar 1921, vorm. 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem Gericht protokollierten Anwalt zu bestellen.

Mannheim, den 21. Dezember 1920.

Der Geschäftsführer des Landgerichts.

Bekanntmachung zum Kapitalertragsteuergebot. Das Kapitalertragsteuergebot verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldscheine 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für die zinsfähige Finanzamt abzuliefern.

Das Kapitalertragsteuergebot verpflichtet die Schuldner, bei Zahlung ihrer Schuldscheine 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und an das für die zinsfähige Finanzamt abzuliefern. Dies gilt schon für alle Zinsen, die am 31. März oder 1. April 1920 fällig werden, somit wie für die fällig fällig werdenden Zinsen. Die Steuer muß können einem Monat nach Fälligkeit der Zinsen entrichtet werden, wobei der Schuldner Namen und Wohnung des Gläubigers, den Schuldbetrag, den Betrag der geschuldeten Zinsen und den Zeitraum, für den die Zinsen zu zahlen sind, anzugeben hat. Rücknahmen, die für die Zeit vor dem 1. Oktober 1919 geltend gemacht werden, bleiben unberücksichtigt.

Für die Zahlung der Steuer ist der Schuldner persönlich verantwortlich. Er stellt er keine Versicherung vorläufig oder fällig nicht, so kann er wegen Steuerhinterziehung oder Steuergefährdung strafrechtlich verfolgt werden.

Das der Gläubiger entgegen den gesetzlichen Vorschriften den vollen Betrag der geschuldeten Beträge ohne Abzug der Steuer erhalten, so ist er fernerhin ebenso verpflichtet, die Steuer zu entrichten, und zwar an das für ihn zuständige Finanzamt innerhalb eines Monats nach Erhalt der Zahlung.

Die Finanzämter sind verpflichtet, dem Gläubiger auf Verlangen Auskunft darüber zu erteilen, ob der Schuldner die Steuer ordnungsmäßig abgeführt hat.

Ansprüche auf Befreiung von der Steuer der Zinsen besonderer Anrechnung durch das Finanzamt.

Grundstücksversteigerung.

Die Eigentümer der nachstehenden Grundstücke lassen diese am

Freitag, den 14. Januar, vorm. 10 Uhr, im Bahnhofs Hof zu Rheinan, Reichstr. 118, öffentlich an den Meistbietenden versteigern:

6191 am Wald im Sand Weisland, jetzt nur noch zu einem kleinen Teil mit beständig im übrigen Bauplatz und bereit Spielplatz der Fußball-Gesellschaft Rheinan, 57

Mannheim, den 23. Dezember 1920.

Notariat 6.

Ämtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Donnerstag, den 30. Dezember gelten für die Verkäuflicher folgende Verkaufsmittelmaximen:

Butter: 34 Pfund zu 2,35 RM. für die Fettmarke K 1 der Fettwerke in den Verkaufsstellen 178—218.

Reines amerikanisches Schweinefleisch: 100 Gr. zu 16 RM. das Pfund für die Marke 45 der Fettwerke in den Verkaufsstellen 1—84 und 401—700.

Bestreift: 100 Gramm zu 4 RM. das Pfund für die Rollenmarkenmarke 71 in den Rollenwaren-Verkaufsstellen 1—1608.

Rückverlegung: Am Dienstag, den 28. Dezember wurden 75 % Rohmilch an die beugberechtigten Kinder und Kranken verteilt.

Für die Verkaufsstellen:

Reines amerikanisches Schweinefleisch: 100 Gr. (Verkaufsbereich 16 RM. für das Pfund) für die Verkaufsstellen 701—1608 am Donnerstag, den 30. 12. 1920, bei der E. D. Fleischwerke im Schlachthof von 8—12 Uhr. Ausweis und Güter mitbringen. 66

Strogen fällig auf der Freibank Rühlisch. Die Verwaltung 98

Die Veranstaltungen der Wiltshof (mit Ausnahme der Vororte) sind ab 1. Januar 1921 jeweils Sonntag und Dienstag geschlossen. An den Wiltshof beginnt die Besetzung um 10 Uhr. Während dieser Zeit werden im Parkhof (Gallensteinmündung) Sonnen- und Brausebäder veranstaltet. 12

Mannheim, den 23. Dezember 1920.

Bürgermeisteramt.

Nationaltheater.

Die Preise für Plakate im Nationaltheater sind vom 1. Januar 1921 ab um 60 % der am 14. Nov. 1920 gültigen Preise erhöht.

Plakate, die von dem im Kreisbezirk eingeräumten Künstlerrecht Gebrauch machen wollen, müssen dies der Intendant bis spätestens 28. Dezember 1920 schriftlich mitteilen. 42

Geht keine Erklärung ein, so läuft die Plakate zu den neuen Bedingungen weiter.

Auf die den Kriterien zugehörigen Einzelbedingungen wird hingewiesen.

Die Intendant.

Statt besonderer Anzeige.

Schmerzhaft gebe ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass unsere liebe herrensorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Mathilde Wybrecht Wwe. geb. Wolf

im 51. Lebensjahre am 27. Dezember, abends 7 Uhr durch einen sanften Tod von ihrem schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden erlöst wurde. \*552

Für die trauernden Hinterbliebenen: Robert Wybrecht.

MANNHEIM (Rheinhäuserstr. 18), 29. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 30. Dez. 1920, nachm. 1 1/2 Uhr von der Friedhofskapelle aus statt.

Wenn Liebe könnte Wunder tun, Und Tränen Tote wecken, So würde Dich doch ganz gewiss Nicht kalte Erde decken.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben Schwester, Schwägerin u. Tante

Fräulein Babette Ellspermann

sprechen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen: Familie Sigm. Eckert.

Mannheim, Heidelberg, Fußgängerheim, 29. Dezemb. 1920.

billiger Fett-Verkauf

dauert fort!

- 1a. reines Kokosöl . . . per Pfund 16.— Mk. bei Einkauf von 5 Pfund . . . 15.50 ..
1a. selbstgemischt. Speisefett . . . " " 16.— .. bei Einkauf von 5 Pfund . . . 15.50 ..
1a. 50Drahm-Margarine . . . " " 14.40 ..

Ferner wieder frisch eingetroffen:

1a. geruchloses Schweinefleisch

Tel. 6451 Gebr. Levy H 2, 16/17

Grösstes Spezial-Fettgeschäft. — Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — \*5347



Elektromotoren und Dynamos

In jeder Spannung und Größe komplett mit allem Zubehör sofort ab Lager lieferbar.

Installationsmaterialien S176

Georg Merkel G. m. b. H.

Ingenieurbüro für Elektrotechnik Mannheim, Waldparkdamm 3

Tel.-Nr.: Elektromotoren

Wer würde jung. Witwe

29 Jahre, zu eigenem Geschäft überlegen. Höhere Angab. erbittet unter R. N. 13 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stappdeckennäherei

Frau O. Guffmann

Friseurstr. 45 B700

Nähmaschinen

repariert Knäusen. L. 7. B. Tel. 3423 6133

Öffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 30. Dez. 1920

vorm. 11 Uhr

werde ich im Auftrag gemäß § 489 R. O. B. in Mannheim an Ort und Stelle Käfertalerstrasse Nr. 45 gegen bare Zahlung öffentlich versteigern: 14086

ein 8jähriges Pferd

(brauner Wallach)

Mannheim, den 29. Dezember 1920.

Sommer, Gerichtsvollzieher.

Preis-Ausschreiben.

Zur Errichtung einer

Gedenktafel

für die Gelehrten der Vestingsschule Mannheim

veranlassen die Vestingsschule und der Verband ehem. Vestingsschüler einen Wettbewerb zur Errichtung künstlerischer Gedenktafel. Zugelassen sind ehemalige und derzeitige Lehrer und Schüler der Vestingsschule. Höhere Unterlagen bei der Direktion.

ges: Fritsch.

Lager fertiger Pelz-Waren, Gerben u. Färben aller Fell-Arten mit echten Pelz-Farben.

Fensterleder. Ankauf roher Felle.

Tel. 5250 M. E. Baum R 1, 14a

Ständig ausverkauft Haus

erzielt

Harry Piel

in seiner neuesten Schöpfung

Das Gedächtnis auf dem Meeresgrund

im Palast-Theater

Anfang 3 Uhr.

Sehr viel Geld

bekommt man heute für sämtliche Sorten

Metalle, Flaschen, Lumpen,

Eisen, Kleider, Schuhe usw.

beim H. Wachtel, Tel. 7819. So

Mk. 2000.— Belohnung

für Wiederbringung von Mk. 9000.— die einer Kontoristin am 28. ds. Mts., mittags 1/2 Uhr, im Hause L 13, 1, von zwei Unbekannten entrissen wurden. Das Geld befand sich in einer braunen Damentasche. 15012

„Frankenland“, L 13, 1.

Der fleißige Schneider

Öster spricht: 15014

Warum ärgert sich der Nachbar nicht? Der Nachbar aber beillt sich sehr Und spricht: Ich ärgere mich nicht mehr. Handfertig ist die Schneiderhand!!! Drum bin ich auch schon fertig heut! 3 Zigaretten weniger, so hast du's auch Und nimmst es täglich in Gebrauch

Schneiderfreude „Handfertig“

ist ein billiger und praktischer Nähzugordner und sollte in keiner Schneider- und Hauswirtschaft fehlen. Preis Mk. 6.—. Verkaufsstelle für Mannheim M 1, 4a

Kürschner & Lindheimer, Kaufhaus

Garage (Einzelboxe)

von Herrnfahrer per sofort oder 1. Februar mögl. Mitte Stadt zu mieten gesucht. 18010

Angebote mit Preisangabe und Näheres unter D. A. 101 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

2-3 Büroräume

möglichst per sofort von festem Unternehmen zu mieten gesucht. 92763

Angebote unt. R. T. 19 an die Geschäftsst.

Geldverkehr.

Sichere Kapitalanlage!

Wird rentable Handelsfirma sucht 20000

oder mehr nur von Selbstgeher aufzunehmen, da das Geschäft wieder alten Formaten regle Umläufe erzielt und Stammapital nicht mehr ausreicht. Kapital wird mit 6% verzinst. Selbstenheit als länger oder stiller Teilhaber einzutreten, nicht ausgeschlossen. Sicherheit nach jeder Hinsicht vorhanden. 4326

Angebote unt. Q. V. 96 an die Geschäftsst. d. Bl.

Einige 100 Milie

Betriebskapital, Leihhaberakt, Darlehen, auch in kleineren Beträgen, zu vergeben. 92741

Rüblers unter Q. Q. 91 an die Geschäftsstelle.

Kaufmann

(24000 Mark Jahres-einkommen) sucht Darlehen in Höhe von

10—15000 Mark

mit geb. Charakter, dem. Verträgen, Jährer unter Q. K. 83 a. b. Geschäftsst.

Einem tücht. Geschäftsmann, 40 bis 50 Jahre, kinderl., mit Vermögen, in Selbstenheit gebildet, in ein gutgeh. Bedemittelgeschäft \*5309

einzuheiraten.

Zufchriften unt. R. A. 1 an die Geschäftsst. d. Bl.

Vermischtes.

Am 30. u. 31. ds. Mts. ab 9 Uhr werden hier in \*5351

Q 3, 15 bel Gräff verschiedene Sorten

Eisen

solche Nuts-Eisen, Drahtgeflecht u. Spanngelborttau

Zeugnis-

Abschriften

sowie Vertriebsunterlagen fertig biligt

Schürtz

O. T. L. Tel. 6770.

Felme Herren-Garderoben nach Mass

unter Garantie für guten Sitz fertigt an bei maß. Preisen. \*5342

Reisen, Aufträge aller Art. A. Neber, T. 4. 1.

Altertümer

Gemälde, Möbel, Kupfer, altes Gold u. Silber, Kunstgegenstände, 56, 7 Markt.

Advertisement for Lacto-Rührrei-Pulver. Text: "Jedem ein Ei." Lacto-Rührrei-Pulver. Erstklassiges Erzeugnis. Nahhaft, bekömmlich, wohlschmeckend. Fachärztlich empfohlene Kinder-u. Krankenkost. Best geeignet zur Zubereitung von Eier-u. Pfannkuchen, Omeletten, Suppen, Saucen, Majonaisen, Kuchen und Gebäck, Eis, Creme, Pudding u.s.w. Ergibt mit Wasser gut angerührt, wie Ei gebacken, ein Rührrei von natürlichem Wohlgeschmack u. Gehalt. Vorrätig in einschlägigen Geschäften. Alleinhersteller: Lactowerk Worms-Horchheim.



# Tanz- und Gesellschaftskleider für Silvester

zu bedeutend herabgesetzten Preisen wegen Aufgabe des Geschäftes

## Geschw. Schanze

0 7, 11 • Heidelbergerstraße • Tel. 6865 14982

**National-Theater Mannheim.**  
Mittwoch, den 29. Dezember 1920.  
28. Vorstell. in Wien. Opern- u. Ballett (für II. Vorstell. B 20)

### Fidello

Oper in zwei Akten von J. Sonnenleiner. Musik von Ludwig von Beethoven. Spielleitung: Eugen Bruch. Kostümbildung: Franz von Jochim. Nach d. besten Originalen von J. C. Schwan.  
**In den Hauptrollen:**  
Fernando — Franz, Ugarro — Kromer, Florean — Gertling, Leonore — Fr. Wolf-Dietter, Rocco — Wang, Margellina — Fr. Tschöke, Jacopo — Kuhn.  
Anfang 7 Uhr. Hohe Preise. Ende 9 1/2 Uhr.

### Kabarett Rumpelmayer

Neue Ehren- u. Benefiz-Abend für „Die Fürstenbergs“ 5142

Ehrungsl.: Betty Waritz, Lu Carena, Gust Schneider, L. Kamuff, Sänger  
Anfang 8 Uhr — Ende 1 Uhr  
Tanztournee ab 11 Uhr

### Café u. Weinhaus

**BÖRSE** Planken  
E 4, 12/16

Im Börsengebäude ab heute ab heute  
Täglich  
**4 Uhr Tee**  
mit Tanz.

### Hansi Maaßen, Weinrestaurant

D 4, 11 • Tel. 3523. 52718  
Vorzügliche Weine.  
**Künstler-Konzert.**

### Café Friedrichsbau

Brüderstraße 3-4. J 1, 3-4.  
Heute Mittwoch Abend:  
**Ehren- und Benefiz-, Gala-Elite-Abend**  
für den beliebten u. stadtbekanntesten Humoristen  
**Fred Roman**  
unter Mitwirkung hervorragender Künstler.  
Ende 1 Uhr. 5345

**KAMMEN-LINSPHILE**  
D26  
30000 Mk. Prämienliste!  
**Der Totenkopf**  
oder Das Wiedererscheinen einer Totengestalt. 1. Teil, spannendes Drama in 5 Akten.  
**Koppia — Herr Lehrer**  
Lustspiel in 3 Akten. 5251

### Hansi Maaßen - Weinrestaurant

D 4, 11 • Tel. 3523. 52719  
Vorzügliche Weine.  
**Phorosan - Heil - Institut**  
Mannheim, Rheindammstr. 28 ff. Dr. med. Müller  
Schmerzlos! Behandlung der Gono-erose — Heilung ohne Verschlebung in kurzer Zeit möglich. — Blutunterdrückungen (Wärmern) — Syphilitische Leiden (Salvarsan) Spezialkurven bei sekund. Syphiliden. — Sprechstunden: Dienstag (außer Donnerstags) von 11-5 Uhr. — Sonntags u. 10-1 Uhr. Privatmit. Wartezimmer.

**Restaur. „Zum alten Reichskanzler“**  
S G, 20 • Tel. 7249

### Donnerstag und Freitag Großes Schlachtfest

Spezialität Schlachtplatten, waga fremdbüch einbelegt  
Karl Gägg.

**Die Rechenmaschine  
MERCEDES  
EUKLID**  
mit pat. selbsttätiger Division u. Multiplikation  
**spart Zeit und Arbeitskräfte**  
Verlangen Sie unverbindlich Druckschrift  
General-Vertreter  
**Ph. Gräff**  
Mannheim  
Hanselshaus  
5115

**Konkurrenzloses  
Sonder - Angebot!**  
Eine ganz bedeutende Import-Firma hat mit dem Verkauf von  
**250 Sack Kaffee**  
übertragen und offeriere ich:  
feinst. Santos Kaffee extra prime, roh M. 10.50 per frisch geröst. 23.00 Pfd.  
in Säcken à 50 Kilo netto. Ferner einige Waggon  
feinste amerikanische Macaroni, sowie  
italienische Teigwaren (Suppen-Hausmacher u. Gemüse-Nudeln)  
60%ige Hartweizenroggenware per Kilo M. 19.00  
feinstes Sahne per Kilo M. 30.00  
Die Abgabe erfolgt nur gegen sofortige bare Kasse bezw. Nachnahme. In Anbetracht der äußerst günstigen Preise und der ganz vorzüglichen Qualitäten dürfen vorstehende Partien bald vergriffen sein, weshalb umgehende telegraphische Bestellung zu empfehlen ist. 14960

### B. Malmsheimer

Ludwigshafen a. Rh.  
Telephon 1019 • Telegr. Malmsheimer.

**Herren- und Damenhüte**  
in Filz, Velour usw. werden gezeichnet, gefärbt u. innerhalb 8 Tagen auf die neuesten Formen umgeformt.  
**Geschw. Schrag**  
Köln  
14985 N 3, 7/8 Runkelstr. Tel. 2435.

**Haut-, Blasen-, Frauenleiden**  
(ohne Quecksilber, ohne Einspeisung), Blut-, Urin-Untersuchungen  
Ankündigende Broschüre No. 5c direkt verschl. Mk. 3.— (Nachnahme).  
**Spezialarzt Dr. med. Hollander**  
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. Nassau 6943. 500  
Täglich 11-1, 3-7 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

**Syphilis-**  
Behandlung nach dem neuesten wissenschaftlichen Methoden ohne Berührung  
Spezialarzt Dr. med. Hollander  
Frankfurt a. M., Bethmannstraße 36, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. Nassau 6943. 500  
Täglich 11-1, 3-7 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

**Büglers & Co., G. m. b. H.**  
Kohlenhandlung  
Rari Ludwigstraße 28/30. — 7905 Telephon 7740  
In 1/2 Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede **Däuse-Plage**  
auch Flöhe! Best (Mücken) u. Wanzen u. Tier. mit für Wunden und Haut un- schädlich. Herk.: Erste Weltk. Ungarisch - Serbisch. - Russ. - Japan. Sie haben in Mannheim: Josef Jansen, Schwabingerstr. 175  
Gulde Spring, Zettlerstraße 4. 5187

Am Montag, den 3. Januar, abends 10 1/2 Uhr beginnt in meinem Unterrichtsa- (Hofhaus) wieder ein neuer, besserer **Privat-Tanzkurs**  
Bitte verlangen Sie Programm. 14906  
**Lud. Pfirrmann, Lehrer, mod. Tanzkunst**  
Speisenstr. 5 — Telephon 3908.

**Für Silvester**  
Gute offene Rotweine zu Glühwein  
Gute offene Weißweine zu Bowlen  
Flaschenweine, Südweine, Schaumweine u. Liköre  
empfehlen billigst \*5346  
**Weinhandlung Max Pfeiffer**  
Schwetaingerstr. 42. Tel. 3128.

**Sin Ihre Augen**  
**ZEISS**  
PUNKTAL-GLÄSER  
sind zum Sehen und zur Erhaltung des Sehvermögens die besten. Auskannst und fachliche Beratung bei **Dipl.-Optiker Paul Drude**  
Mannheim, P 3, 12, Planken  
Telephon 4628 5176  
Ludwigshafen a. Rh., Kaiser Wilhelmstr. 15 • Telephon 187.

**Pelze**  
aller Art werden mod. umgearbeitet  
**A. Joos, Modes**  
Q 7, 20 St  
Telephon 5036.

**Meine Kinderschuhe**  
erfreuen Kind und Eltern infolge ihrer Unverwundlichkeit.  
Abteilung für Reparaturen  
**Schuhfabrik u. Detailgeschäft**  
Josef Neudeck, S 5, 3.

**Brennholz**  
hervorragende Qualität — ganz trocken  
für alle Zwecke zu bedeutend ermäßigten Preisen sofort lieferbar.  
Verlangen Sie Offerte.  
Zum Bezug der rationierten Brennstoffe wie **la. Kohlen, Koks, Briquets etc.** halten wir uns empfohlen.  
Prompts und gute Bedienung zugesichert.  
**Holz Kohlen - Speziallieferung.**

**Büglers & Co., G. m. b. H.**  
Kohlenhandlung  
Rari Ludwigstraße 28/30. — 7905 Telephon 7740  
In 1/2 Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede **Däuse-Plage**  
auch Flöhe! Best (Mücken) u. Wanzen u. Tier. mit für Wunden und Haut un- schädlich. Herk.: Erste Weltk. Ungarisch - Serbisch. - Russ. - Japan. Sie haben in Mannheim: Josef Jansen, Schwabingerstr. 175  
Gulde Spring, Zettlerstraße 4. 5187

## Bö- Bu- Ba- Bi Silvester 1920/21



**Böser Buben - Baby - Ball**  
im Birkenhäus'chen (Waldpark), Dammweg  
Neujahrstag, 1. Januar und Sonntag, 2. Januar, nachmittags ab 4 Uhr  
**Bayrisches Schrammel-Konzert.**

**Lüsko- Möbnel**  
in reicher Auswahl  
**Friedmann & Seumer**  
Moderne Büro - Einrichtungen  
Fernsp. 7159 • Mannheim M 2, 11

Die allbekannte, allseits beliebte  
**Roesler's Seife**  
prachtvolle 200 Gramm - Preßstücke ist wieder überall erhältlich. 5301  
Vertreter: **Carl Theo Hauss**  
Mannheim G 7, 35. Telephon 7768.

**Wer arbeiten soll**  
bedarf einer hochwertigen Ergänzung der noch immer knappen Lebensmittel.  
**Gute Schokolade**  
ist das allbewährte Mittel, um zu jeder Tageszeit den ermüdenden Körper zu stärken und ihm jeden Rest des Hungergefühls zu nehmen. — Das Erzeugnis der einheimischen Schokoladen-Industrie erfüllt diese Ansprüche des deutschen Volkes besser als irgend ein Auslandsfabrikat es vermag. Darum kauft nur  
**Deutsche Schokolade**  
Verband deutscher Schokolade-Fabrikanten (e. V.) Dresden

**F. Grohe & M. H. I.**  
Kohlenhandlung  
liefert sofort marktreif jedes Quantum  
**la. trockenes Buchenholz**  
für Zentralheizungen u. Oelen.  
Tel. 436, 1436. Kontor: K 2, 12 5100

**Trauringe**  
in 8 u. 14 Karat. Gold auf Lager. Bill. Preise.  
**Neuanfertigung**  
Umarbeiten und Reparaturen an **Juwelen und Schmucksachen**  
Jeder Art. 51  
**Jul. Federgrün, Goldschmied Q 5, 3**

**Dachreparaturen**  
einschl. Spenglerarbeiten als auch Neuarbeiten werden zu den billigsten Preisen prompt und sorgfältig ausgeführt. See la. Referenzen.  
**Schnepf & Co.**  
MANNHEIM LUDWIGSHAFEN  
Tel. 7871, Damsstr. 9. Tel. 199, Wörthstr. 6.

**Chem. Fachliteratur**  
Annalen, Berichte, Centralblatt usw.  
zu kaufen gesucht.  
Angebote an „Littera“, Darmstadt

**Vermischtes**  
**2 tanzfäh. Herren**  
mich u. gebild. Gesellschaft für heute **Abend gesucht.**  
Wird zu erfragen in der Geschäftsstelle. 5300  
Wer nimmt einen **12-jährig. Knaben**  
für eigen an? 5302  
Angebote mit K. 1524 an Mannh. Gen.-Anzeig. Zweigstelle Malmsheferstr. 6.

**Kind**  
wird in gute Pflege genommen. 5305  
Uhlenstr. 22 III. rechts  
Vorrauens. Auskunft evtl. Dame in distr. Bes. hüten u. früh. Abg. Angebote unter Z. D. 104 an die Geschäftsstelle. 5307  
**Schneiderin**  
nimmt nach Kunden außer dem Hause an. 5311  
Angebote mit. R. C. 3 an die Geschäftsstelle.  
**Eine Hausschneiderin**  
empfiehlt sich nach 14 weitere Rundschrift. Angebote unter O. C. 78 an die Geschäftsstelle. 5317

**Verloren.**  
Brosüren am 23. De- zember dienstebringer  
**Perlen- Krawattennadel**  
abzugeben gegen hoch- bezahlung. 53125  
Bücherei Metz. Mar- tini-Str. 15.